Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
31 (1917)

299 (22.12.1917)

urn:nbn:de:gbv:45:1-573783

Visual Library

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschl. Bringerlohn 1,30 Mk., bei Selbstabholen von der Expedition 1,10 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3,60 Mk., für zwei Monate 2,40 Mk., monatlich 1,20 Mk. einschl. Bestellgeld.

Redaktion und Hauptexpedition Peterstr. 76
Fernsprechanschluß 38, Amt Wilhelmshaven
— Filiale Ulmenstraße 24. —

Bei den Inseraten wird die 7-gespaltene Petitzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 25 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 35 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. Reklamezeile 85 Pf.

51. Jahrgang. Rüstringen, Sonnabend, den 22. Dezember 1917. Nr. 299.

Heeresberichte.

(W. T. B.) Berlin, 20. Dez., abends. (Amtlich.)

Mehrfache italienische Angriffe gegen den Monte Asolone und die westlich und östlich anschließenden neugewonnenen Stellungen scheiterten.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

(W. T. B.) Wien, 20. Dez. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Infolge günstiger Sichtverhältnisse war die Artillerietätigkeit beiderseits rege. Feindliche Angriffe gegen unsere neuen Stellungen auf dem Monte Pertica wurden abgewiesen. Die Zahl der von den Truppen des Generals der Infanterie Alfred Kraus in den Kämpfen östlich der Brenta seit dem 11. d. M. eingebrachten Gefangenen beträgt bisher 270 Offiziere, darunter 7 Stabsoffiziere, und 8150 Mann.

Der Chef des Generalstabes.

Kanzler und Reichstag zum Frieden.

(W. T. B.) Berlin, 20. Dezember. (Amtlich.) Der Reichskanzler empfing heute nachmittag die Vertreter sämtlicher Reichstagsparteien zu vertraulicher Aussprache über die durch den Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland geschaffene politische Lage. Der Reichskanzler teilte mit, daß der Kaiser ihm das Mandat zum Abschluß der Friedensverhandlungen erteilt habe und daß er den Staatssekretär von Kühlmann als Unterhändler bestellt habe. Der Staatssekretär des Auswärtigen gab einen Ueberblick über den geplanten Gang der zukünftigen Verhandlungen und legte die Gesichtspunkte dar, von denen die Regierung sich dabei leiten lassen will. Nach eingehender Aussprache wurde die Zustimmung aller anwesenden Abgeordneten zu den in den Ausführungen des Staatssekretärs dargelegten allgemeinen Richtlinien festgestellt. Man einigte sich ferner dahin, daß die nächste Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages am 3. Januar stattfinden soll.

Die amtliche Mitteilung ist knapp und beschränkt sich auf die Wiedergabe der notwendigsten Punkte. Erstens ist wichtig, daß der Kanzler das Mandat zum Abschluß der Friedensverhandlungen erhalten hat. Damit soll gesagt sein, daß der Frieden nur vom Reichskanzler, nicht von Militärs geschlossen werden wird. Damit werden die Versuche abgetan, die von gewisser Seite unternommen worden sind, es so darzustellen, daß in den entscheidenden politischen Fragen beim Friedensschluß die Militärs den Ausschlag geben würden, unbekümmert um Volk und Volksvertretung. Die Feststellung ist immerhin wertvoll.

Der verantwortliche Unterhändler wird Herr v. Kühlmann sein. Wir kennen ihn als einen sehr klugen, maßvollen und tüchtigen Diplomaten neuerer Schule, der rasch Karriere gemacht und auf seinen bisherigen Posten erfolgreich gewirkt hat. Wären Leute wie er schon vor dem Kriege die Regel in der deutschen Diplomatie gewesen, würden die Mittelmächte wahrscheinlich manchen Feind weniger in diesem Kriege gehabt haben. Was ihn besonders zu seiner jetzigen hohen Mission befähigt, ist für uns die bezeichnende Tatsache, daß er von den alldeutschen Politikern à la Reventlow ununterbrochen in der gehässigsten Weise angegriffen wird.

Die Zustimmung aller anwesenden Abgeordneten „zu den in den vom Staatssekretär dargelegten allgemeinen Richtlinien“ allerdings ist zunächst verwunderlich, besonders wenn man an die bewährten Extremisten v. Westarp und Haase denkt, die doch wohl an der Konferenz teilgenommen haben. Berliner Blätter wollen wissen, daß die beiden Genannten nur an verschiedenen Nebenfragen Kritik geübt, sich aber mit den allgemeinen Richtlinien ebenfalls einverstanden erklärt hätten. Die Richtigkeit dieser Darstellung vermögen wir natürlich im Augenblick nicht nachzuprüfen. Wenn sie zutreffen sollte, werden beide nicht schweigen.

Die guten Dienste eines neutralen Staates.

Genf, 20. Dez. Die Pariser Blätter en[illegible] Depeschen, angeblich holländischen Ursprungs [illegible] ein nicht näher bezeichneter neutraler Staat [illegible] zeige, seine guten Dienste im Interesse [illegible] Erreichung von allgemeinen Friedensverhandlungen anzubieten. Die Telegramme sind sehr dunkel gehalten, namentlich bezüglich des Punktes, ob die neutrale Macht, die besonders für das Schicksal Belgiens eintrete und ein Arrangement vorschlage, daß Deutschland seine Kolonien zurückgeben solle, aus eigener Iniative oder autorisiert die vorbereitenden Schritte unternimmt.

Balfour über die englischen Kriegsziele.

Im englischen Unterhause gab es wieder einmal eine Kriegszieldebatte. Der liberale Abg. Collins rollte die Kriegszielfrage auf und der Abg. Ponsonby, ein Pazifist, kritisierte in scharfer Weise die Diplomatie Englands und erklärte, daß die bekanntgegebenen Ziele nicht mit den Bedingungen und Vorschlägen übereinstimmten, die in den Geheimverträgen niedergelegt seien. Schließlich warf er der englischen Regierung selbstsüchtige Kriegsziele vor und verwies auf die von Trotzki veröffentlichten geheimen Dokumente über die englisch-russische Einflußsphäre in Persien, die Vereinigung Polens unter russischer Aufsicht und den russischen Vertrag betreffend Elsaß-Lothringen und das linke Rheinufer.

Der Angriff rief den Minister des Aeußeren, Balfour, auf den Plan. Er gab zunächst den Anspruch des zaristischen Rußlands auf Konstantinopel zu. Im Interesse des großen gemeinsamen Kampfzieles der Entente habe sich England über den Anspruch beruhigt, der auch nicht im Widerspruch zu dem Wilsonschen Glaubensbekenntnis gestanden habe. Auch der russisch-englische Vertrag über Persien stelle kein Unrecht des Starken gegenüber dem Schwachen dar. Er sei vielmehr seinerzeit als großer liberaler Triumph der Freundschaft zwischen den Völkern gefeiert worden. Das ist außerordentlich bezeichnend. Wenn zwei große Staaten einen kleinen Staat aufteilen, dann ist das nach den Begriffen des britischen Liberalismus „ein großer liberaler Triumph“.

Balfour kam dann zu Italien und sagte, es verdiente von rechtswegen, daß eine andere Gebietseinteilung zu seinen Gunsten stattfinde. „Inwiefern wären wir Imperialisten, wenn wir uns für diese großen und allgemein gebilligten Ziele einsetzten? Trifft nicht dasselbe für Polen und Elsaß-Lothringen zu?“ Und eine solche „andere Gebietseinteilung“ will Balfour ebenfalls unter dem sogenannten demokratischen Frieden erreichen.

Der interessanteste Teil seiner Rede ist aber unstreitig der über Elsaß-Lothringen und über den französischen Plan, das linke Rheinufer von Deutschland abzutrennen und einen neutralen Pufferstaat daraus zu machen. Er bestritt, trotz der Veröffentlichung der Geheimdokumente in Petersburg, daß das englische Kabinett von diesem Plane etwas wisse.

Ponsonby denkt, wir hätten des französischen Botschafters Doumergue Schritte in Petersburg kennen müssen. Er denkt das schon infolge der Angabe, daß dies nach London telegraphiert wurde. Das ist aber nicht der Fall. (Ponsonby ruft: Doch! Die Depesche beginnt: „Abschrift an London. Vertraulich!“) Wenn es London heißt, Auswärtiges Amt, kam die Depesche nicht an das Auswärtige Amt. Sie mag vertraulich an den französischen Botschafter Paul Cambon gesandt worden sein. Davon weiß ich nichts. Wir hörten zu jener Zeit nie etwas davon und sprachen auch niemals unsere Zustimmung dazu aus. Ich glaube auch nicht, daß dies die Politik der verschiedenen französischen Regierungen war, die während des Krieges amtierten. Wir wünschten niemals und ermutigten auch niemals den Gedanken, daß ein Stück Deutschlands vom Mutterlande abgetrennt und zu einer Art unabhängigen Republik oder Regierung in irgendeiner Form auf dem linken Rheinufer gemacht werden sollte, um einen neuen Pufferstaat zwischen Frankreich und Deutschland zu bilden. Dies war niemals ein Teil der Politik der britischen Regierung. Die britische Regierung hatte niemals Kenntnis davon, daß dies von einem französischen Staatsmann ernstlich geplant wurde.

Dieses Bestreiten der Kenntnis des französischen Planes ist außerordentlich bezeichnend. Wir können im Augenblick nicht nachprüfen, ob Balfour die Wahrheit gesagt hat. Die neue Regierung in Rußland wird darüber vielleicht näheres wissen. Wäre es aber wirklich so, dann wirft das ein bezeichnendes Licht auf die inneren Verhältnisse der Entente.

Zum Schluß kam wieder das bekannte englische Kriegsziel. Balfour sagte:

Nach seiner Meinung sei kein dauerhafter Friede möglich, solange die militärische Autokratie entweder unbesiegt oder vom deutschen Volke nicht verworfen bestehen bleibe. Die Ziele, wofür England ursprünglich in den Krieg eingetreten sei, seien bekannt. Dies habe ein Krieg sein sollen, der dem Kriege „ein Ende“ mache, ein Krieg, welcher die öffentlichen Rechte befestige, ein Krieg, welcher die Heiligkeit des internationalen Rechts nicht nur für große, sondern auch für kleine Völker sichern und auf die richtigen Grundsätze von Menschlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit hinweisen sollte.

Und dieses Phrasenbündel nennt Balfour ein klares Kriegsziel. Dazu gehört wirklich allerhand, wenn man ein paar Sätze vorher behauptet hat, mit diesen „Rechts“grundsätzen seien Annektionen der schlimmsten Art vereinbar. Und es gehört schon die ganze Kabulistik eines Balfour dazu, im selben Augenblick über die Unklarheit der deutschen Kriegsziele zu klagen.

Wir haben unsere Kriegsziele erklärt und sie aufrichtig erklärt. Die Mittelmächte aber haben die ihrigen keineswegs erklärt. Betrachten Sie die deutsche Antwort auf die Papstnote. Den Mittelmächten wurden die ausdrücklichen Fragen betreffend Elsaß-Lothringen, Belgien und Polen vorgelegt. Alle diese Fragen hätten sicherlich von den Mächten beantwortet werden müssen, die Elsaß-Lothringen genommen haben, in Belgien eingedrungen sind und Polen geteilt haben. Und doch fragt Ponsonby mit diesem Schriftstück in seinen Händen: „Weshalb erklären Sie nicht Ihre Kriegsziele? Ihr Schweigen wird von den Mittelmächten mißverstanden.“ Der Wert einer solchen Erklärung wird nie den Schaden übertreffen, den sie stiften kann. Ich bedaure tief, daß ein Mitglied einen solchen Vorteil seiner Stellung in diesem Hause dazu benutzt hat, um eine Rede zu halten, die unzweifelhaft dazu beitragen, die kriegerische und unermüdliche Propaganda zu stärken, welche die Mittelmächte in jedem Lande von Europa betreiben. (Beifall.)

Zwischen der Klarheit der deutschen Kriegsziele und der englischen besteht ein Unterschied wie Tag und Nacht. Was Balfour vorgibt nicht zu kennen, behauptet er wider besseres Wissen. Herr v. Kühlmann hat in aller Klarheit gesagt, daß es außer Elsaß-Lothringen kein Friedenshindernis gibt, d. h., daß über alle anderen Fragen, auch Belgien und Polen, eine Verständigung auf der Grundlage ohne Annexionen und Entschädigungen möglich ist. Nur den Gedanken auf Elsaß-Lothringen muß die Entente aufgeben. Darüber besteht also volle Klarheit. Und ferner hat die deutsche Regierung sich bereit erklärt, an den Fragen der Freiheit der Meere, internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und der internationalen Abrüstung praktisch mitzuarbeiten.

Was will also England noch? Wenn seine Rechtsgrundsätze nicht hohle Phrasen sind, kann es jederzeit den Frieden haben. Das muß nun nachgerade der beschränkteste Mensch bald merken und auch dem englischen Volke müßte es endlich klar werden, wohin die Reise Lloyd Georges und seiner Hintermänner führt.

Vom Seekrieg.

Aus dem Sperrgebiet um England.

(T. U.) Basel, 20. Dez. Havas gibt eine Meldung des Excelsior aus Bilbao wieder, wonach der spanische Dampfer Novembre, 2200 T. groß, von einem deutschen U-Boot torpediert und versenkt worden ist. 31 Ueberlebende sind in Bilbao eingetroffen.

Aus dem Sperrgebiet.

(W. T. B.) Madrid, 15. Dez. (Funkspruch vom Vertreter des Wiener Korr.-Bureaus.) Blättermeldungen zufolge versenkten Unterseeboote in den letzten Tagen in der Nähe von Gijon die russische Fregatte Tasmalto (1000 T.), mit Stahl, Tabak und Holz von Neworleans nach Bordeaux unterwegs, und den französischen Dampfer Tabborire. Ferner wurden versenkt: in der Nähe von Alicante der norwegische Dampfer Cratborne (2009 T.), der nordamerikanische, früher deutsche Dampfer Azwago (10000 T.), mit Gasolin und Kriegsmaterial beladen, der bewaffnete englische Dampfer Minorca (1145 T.), mit Ballast von Genua nach Carthagena unterwegs, der bewaffnete canadische Dampfer Gordan (1438 T.), von Marseille nach Gibraltar unterwegs, der bewaffnete nordamerikanische Dampfer Allemanta, mit einer Gasolinladung von Newyork kommend; in der Nähe von Carthagena der norwegische Dampfer Adour (1923 T.), mit Orangen und Zwiebeln von Valencia nach Liverpool, in der Nähe von Valencia der bewaffnete englische Dampfer Goila, mit Stückgut für Schottland, der bewaffnete englische Dampfer Ceklan, mit 6000 Tonnen Kohlen von England für Italien; in der Nähe von Oporto der portugiesische Schlepper Sigeiro, der portugiesische Fischdampfer Argus und ein Segelboot.

Der Krieg mit Italien.

Was ein italienischer Sonderberichterstatter über die Lage in Italien zu melden weiß.

Zürich, 20. Dez. Der italienische Sonderberichterstatter der bekanntlich ausgesprochen deutsch-feindlichen Neuen Zürcher Ztg. schreibt: „Italien steht heute vor dem Zusammenbruche. Die Geister der Revolution sind wach von Mailand bis Neapel und Palermo. In den großen Städten kann der allgemeine Aufruhr durch die Truppen (vor allem durch die fremden) und die riesigen Polizeiaufgebote noch mühsam im Zaume gehalten werden, aber auf dem Lande, besonders in Mittelitalien, grenzen die Zustände bereits an Anarchie. Selbst Blätter wie

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschl. Bringerlohn 1,20 Mk, bei Selbstabholen von der Expedition 1,10 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3,60 Mk., für zwei Monate 2,40 Mk., monatlich 1,20 Mk. einschl. Bestellgeld.

Redaktion und Hauptexpedition Peterstr. 76
Fernsprechanschluß 58, Amt Wilhelmshaven
—— Filiale Ulmenstraße 24. ——

Bei den Inseraten wird die 7-gespaltene Petitzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 25 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 35 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. Reklamezeile 85 Pf.

31. Jahrgang. Rüstringen, Sonnabend, den 22. Dezember 1917. Nr. 299.

Heeresberichte.

(W. T. B.) Berlin, 20. Dez., abends. (Amtlich.)

Mehrfache italienische Angriffe gegen den Monte Asolone und die westlich und östlich anschließenden neugewonnenen Stellungen scheiterten.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

*

(W. T. B.) Wien, 20. Dez. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Infolge günstiger Sichtverhältnisse war die Artillerietätigkeit beiderseits rege. Feindliche Angriffe gegen unsere neuen Stellungen auf dem Monte Pertica wurden abgewiesen. Die Zahl der von den Truppen des Generals der Infanterie Alfred Kraus in den Kämpfen östlich der Brenta seit dem 11. d. M. eingebrachten Gefangenen beträgt bisher 270 Offiziere, darunter 7 Stabsoffiziere, und 8150 Mann.

Der Chef des Generalstabes.

Kanzler und Reichstag zum Frieden.

(W. T. B.) Berlin, 20. Dezember. (Amtlich.) Der Reichskanzler empfing heute nachmittag die Vertreter sämtlicher Reichstagsparteien zu vertraulicher Aussprache über die durch den Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland geschaffene politische Lage. Der Reichskanzler teilte mit, daß der Kaiser ihm das Mandat zum Abschluß der Friedensverhandlungen erteilt habe und daß er den Staatssekretär von Kühlmann als Unterhändler bestellt habe. Der Staatssekretär des Auswärtigen gab einen Ueberblick über den geplanten Gang der zukünftigen Verhandlungen und legte die Gesichtspunkte dar, von denen die Regierung sich dabei leiten lassen will. Nach eingehender Aussprache wurde die Zustimmung aller anwesenden Abgeordneten zu den in den Ausführungen des Staatssekretärs dargelegten allgemeinen Richtlinien festgestellt. Man einigte sich ferner dahin, daß die nächste Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages am 3. Januar stattfinden soll.

Die amtliche Mitteilung ist knapp und beschränkt sich auf die Wiedergabe der notwendigsten Punkte. Erstens ist wichtig, daß der Kanzler das Mandat zum Abschluß der Friedensverhandlungen erhalten hat. Damit soll gesagt sein, daß der Frieden nur vom Reichskanzler, nicht von Militärs geschlossen werden wird. Damit werden die Versuche abgetan, die von gewisser Seite unternommen worden sind, es so darzustellen, daß in den entscheidenden politischen Fragen beim Friedensschluß die Militärs den Ausschlag geben würden, unbekümmert um Volk und Volksvertretung. Die Feststellung ist immerhin wertvoll.

Der verantwortliche Unterhändler wird Herr v. Kühlmann sein. Wir kennen ihn als einen sehr klugen, maßvollen und tüchtigen Diplomaten neuerer Schule, der rasch Karriere gemacht und auf seinen bisherigen Posten erfolgreich gewirkt hat. Wären Leute wie er schon vor dem Kriege die Regel in der deutschen Diplomatie gewesen, würden die Mittelmächte wahrscheinlich manchen Feind weniger in diesem Kriege gehabt haben. Was ihm besonders zu seiner jetzigen hohen Mission befähigt, ist für uns die bezeichnende Tatsache, daß er von den alldeutschen Politikern à la Reventlow ununterbrochen in der gehässigsten Weise angegriffen wird.

Die Zustimmung aller anwesenden Abgeordneten „zu den in den vom Staatssekretär dargelegten allgemeinen Richtlinien“ allerdings ist zunächst verwunderlich, besonders wenn man an die bewährten Extremisten v. Westarp und Haase denkt, die doch wohl an der Konferenz teilgenommen haben. Berliner Blätter wollen wissen, daß die beiden Genannten nur an verschiedenen Nebenfragen Kritik geübt, sich aber mit den allgemeinen Richtlinien ebenfalls einverstanden erklärt hätten. Die Richtigkeit dieser Darstellung vermögen wir natürlich im Augenblick nicht nachzuprüfen. Wenn sie zutreffen sollte, werden beide nicht schweigen.

*

Die guten Dienste eines neutralen Staates.

Genf, 20. Dez. Die Pariser Blätter en[illegible] Depeschen, angeblich holländischen Ursprungs, [illegible] [illegible]enen [illegible] ein nicht näher bezeichneter neutraler Staat [illegible]icht zeige, seine guten Dienste im Interesse [illegible] Erreichung von allgemeinen Friedensverhandlungen anzubieten. Die Telegramme sind sehr dunkel gehalten, namentlich bezüglich des Punktes, ob die neutrale Macht, die besonders für das Schicksal Belgiens eintrete und ein Arrangement vorschlage, daß Deutschland seine Kolonien zurückgeben solle, aus eigener Iniative oder autorisiert die vorbereitenden Schritte unternimmt.

Balfour über die englischen Kriegsziele.

Im englischen Unterhause gab es wieder einmal eine Kriegszieldebatte. Der liberale Abg. Cellins rollte die Kriegszielfrage auf und der Abg. Ponsonby, ein Pazifist, kritisierte in scharfer Weise die Diplomatie Englands und erklärte, daß die bekanntgegebenen Ziele nicht mit den Bedingungen und Vorschlägen übereinstimmten, die in den Geheimverträgen niedergelegt seien. Schließlich warf er der englischen Regierung selbstsüchtige Kriegsziele vor und verwies auf die von Trotzky veröffentlichten geheimen Dokumente über die englisch-russische Einflußsphäre in Persien, die Vereinigung Polens unter russischer Aufsicht und den russischen Vertrag, betreffend Elsaß-Lothringen und das linke Rheinufer.

Der Angriff rief den Minister des Aeußeren, Balfour, auf den Plan. Er gab zunächst den Anspruch des zaristischen Rußlands auf Konstantinopel zu. Im Interesse des großen gemeinsamen Kampfzieles der Entente habe sich England über den Anspruch beruhigt, der auch nicht im Widerspruch zu dem Wilsonschen Glaubensbekenntnis gestanden habe. Auch der russisch-englische Vertrag über Persien stelle kein Unrecht des Starken gegenüber dem Schwachen dar. Er sei vielmehr seinerzeit als großer liberaler Triumph der Freundschaft zwischen den Völkern gefeiert worden. Das ist außerordentlich bezeichnend. Wenn zwei große Staaten einen kleinen Staat aufteilen, dann ist das nach den Begriffen des britischen Liberalismus „ein großer liberaler Triumph“.

Balfour kam dann zu Italien und sagte, es verdiente von rechtswegen, daß eine andere Gebietseinteilung zu seinen Gunsten stattfinde. „Inwiefern wären wir Imperialisten, wenn wir uns für diese großen und allgemein gehaltenen Ziele einsetzten? Trifft nicht dasselbe für Polen und Elsaß-Lothringen zu?“ Und eine solche „andere Gebietseinteilung“ will Balfour ebenfalls unter dem sogenannten demokratischen Frieden erreichen.

Der interessanteste Teil seiner Rede ist aber unstreitig der über Elsaß-Lothringen und über den französischen Plan, das linke Rheinufer von Deutschland abzutrennen und einen neutralen Pufferstaat daraus zu machen. Er bestritt, trotz der Veröffentlichung der Geheimdokumente in Petersburg, daß das englische Kabinett von diesem Plane etwas wisse.

Ponsonby denkt, wir hätten des französischen Botschafters Doumergue Schritte in Petersburg kennen müssen. Er denkt das schon infolge der Angabe, daß dies nach London telegraphiert wurde. Das ist aber nicht der Fall. (Ponsonby ruft: Doch! Die Depesche beginnt: „Abschrift an London. Vertraulich!“) Wenn es London heißt, Auswärtiges Amt, kam die Depesche nicht an das Auswärtige Amt. Sie mag vertraulich an den französischen Botschafter Paul Cambon gesandt worden sein. Davon weiß ich nichts. Wir hörten zu jener Zeit nie etwas davon und sprachen auch niemals unsere Zustimmung dazu aus. Ich glaube auch nicht, daß dies die Politik de. verschiedenen französischen Regierungen war, die während des Krieges amtierten. Wir wünschten niemals und ermutigten auch niemals den Gedanken, daß ein Stück Deutschlands vom Mutterlande abgetrennt und zu einer Art unabhängigen Republik oder Regierung in irgendeiner Form auf dem linken Rheinufer gemacht werden sollte, um einen neuen Pufferstaat zwischen Frankreich und Deutschland zu bilden. Dies war niemals ein Teil der Politik der königlichen Regierung. Die britische Regierung hatte niemals Kenntnis davon, daß dies von einem französischen Staatsmann ernstlich geplant wurde.

Dieses Bestreiten der Kenntnis des französischen Planes ist außerordentlich bezeichnend. Wir können im Augenblick nicht nachprüfen, ob Balfour die Wahrheit gesagt hat. Die neue Regierung in Rußland wird darüber vielleicht näheres wissen. Wäre es aber wirklich so, dann wirft das ein bezeichnendes Licht auf die inneren Verhältnisse der Entente.

Zum Schluß kam wieder das bekannte englische Kriegsziel. Balfour sagte:

Nach seiner Meinung sei kein dauerhafter Friede möglich, solange die militärische Autokratie entweder unbesiegt oder vom deutschen Volke nicht verworfen bestehen bleibe. Die Ziele, wofür England ursprünglich in den Krieg eingetreten sei, seien bekannt. Dies habe ein Krieg sein sollen, der dem Kriege ein Ende mache, ein Krieg, welcher die öffentlichen Rechte befestige, ein Krieg, welcher die Heiligkeit des internationalen Rechts nicht nur für große, sondern auch für kleine Völker sichern und auf die richtigen Grundsätze von Menschlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit hinweisen sollte.

Und dieses Phrasenbündel nennt Balfour ein klares Kriegsziel. Dazu gehört wirklich allerhand, wenn man ein paar Sätze vorher behauptet hat, mit diesen „Rechts“grundsätzen seien Annektionen der schlimmsten Art vereinbar. Und es gehört schon die ganze Rabulistik eines Balfour dazu, im selben Augenblick über die Unklarheit der deutschen Kriegsziele zu klagen.

Wir haben unsere Kriegsziele erklärt und sie aufrichtig erklärt. Die Mittelmächte aber haben die ihrigen keineswegs erklärt. Betrachten Sie die deutsche Antwort auf die Papstnote. Den Mittelmächten wurden die ausdrücklichen Fragen betreffend Elsaß-Lothringen, Belgien und Polen vorgelegt. Alle diese Fragen hätten sicherlich von den Mächten beantwortet werden müssen, die Elsaß-Lothringen genommen haben, in Belgien eingedrungen sind und Polen geteilt haben. Und doch sagt Ponsonby mit diesem Schriftstück in seinen Händen: „Weshalb erklären Sie nicht Ihre Kriegsziele? Ihr Schweigen wird von den Mittelmächten mißverstanden.“ Der Wert einer solchen Erklärung wird nie den Schaden übertreffen, den sie stiften kann. Ich bedaure tief, daß ein Mitglied einen solchen Vorteil seiner Stellung in diesem Hause dazu benutzt hat, um eine Rede zu halten, die unzweifelhaft dazu beiträgt, die kriegerische und unermüdliche Propaganda zu stärken, welche die Mittelmächte in jedem Lande von Europa betreiben. (Beifall.)

Zwischen der Klarheit der deutschen Kriegsziele und der englischen besteht ein Unterschied wie Tag und Nacht. Was Balfour vorgibt nicht zu kennen, behauptet er wider besseres Wissen. Herr v. Kühlmann hat in aller Klarheit gesagt, daß es außer Elsaß-Lothringen kein Friedenshindernis gibt, d. h., daß über alle anderen Fragen, auch Belgien und Polen, eine Verständigung auf der Grundlage ohne Annexionen und Entschädigungen möglich ist. Nur den Gedanken auf Elsaß-Lothringen muß die Entente aufgeben. Darüber besteht also volle Klarheit. Und ferner hat die deutsche Regierung sich bereit erklärt, an den Fragen der Freiheit der Meere, internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und der internationalen Abrüstung praktisch mitzuarbeiten.

Was will also England noch? Wenn seine Rechtsgrundsätze nicht hohle Phrasen sind, kann es jederzeit den Frieden haben. Das muß nun nachgerade der beschränkteste Mensch bald merken und auch dem englischen Volke müßte es endlich klar werden, wohin die Reise Lloyd Georges und seiner Hintermänner führt.

Vom Seekrieg.

Aus dem Sperrgebiet um England.

(T. U.) Basel, 20. Dez. Havas gibt eine Meldung des Excelsior aus Bilbao wieder, wonach der spanische Dampfer Novembre, 2200 T. groß, von einem deutschen U-Boot torpediert und versenkt worden ist. 31 Ueberlebende sind in Bilbao eingetroffen.

Aus dem Sperrgebiet.

(W. T. B.) Madrid, 15. Dez. (Funkspruch vom Vertreter des Wiener Korr.-Bureaus.) Blättermeldungen zufolge versenkten Unterseeboote in den letzten Tagen in der Nähe von Gijon die russische Fregatte Tasmaila (1600 T.), mit Stahl, Tabak und Holz von Neworleans nach Bordeaux unterwegs, und den französischen Dampfer Tabborire. Ferner wurden versenkt: in der Nähe von Alicante der norwegische Dampfer Crathorne (2609 T.), der nordamerikanische, früher deutsche Dampfer Aswago (10 000 T.), mit Gasolin und Kriegsmaterial beladen, der bewaffnete englische Dampfer Minorca (1145 T.), mit Ballast von Genua nach Carthagena unterwegs, der bewaffnete canadische Dampfer Gordan (1433 T.), von Marseille nach Gibraltar unterwegs, der bewaffnete nordamerikanische Dampfer Allemania, mit einer Gasolinladung von Neuyork kommend; in der Nähe von Carthagena der norwegische Dampfer Adour (1920 T.), mit Orangen und Zwiebeln von Valencia nach Liverpool, in der Nähe von Valencia der bewaffnete englische Dampfer Goila, mit Stückgut für Schottland, der bewaffnete englische Dampfer Ceklan, mit 6000 Tonnen Kohlen von England für Italien; in der Nähe von Oporto der portugiesische Schlepper Sigciro, der portugiesische Fischdampfer Argus und ein Segelboot.

Der Krieg mit Italien.

Was ein italienischer Sonderberichterstatter über die Lage in Italien zu melden weiß.

Zürich, 20. Dez. Der italienische Sonderberichterstatter der bekanntlich ausgesprochen deutsch-feindlichen Neuen Zürcher Ztg. schreibt: „Italien steht heute vor dem Zusammenbruche. Die Geister der Revolution sind wach von Mailand bis Neapel und Palermo. In den großen Städten kann der allgemeine Aufruhr durch die Truppen (vor allem durch die fremden) und die riesigen Polizeiaufgebote noch mühsam im Zaume gehalten werden, aber auf dem Lande, besonders in Mittelitalien, grenzen die Zustände bereits an Anarchie. Selbst Blätter wie

Landesbibliothek Oldenburg

Corriere della Sera geben heute unumwunden zu, daß Italien an der Grenze eines völligen Zerfalls angelangt ist und daß eine allgemeine Katastrophe vor der Tür steht. Es ist zwar möglich, daß der grenzenlose Terrorismus der Regierung den Ausbruch einer allgemeinen Revolution in russischem Stile vorläufig noch zurückhalten kann, aber die Bewegung, nächst latent in den Massen fortwährend und wird im gegebenen Augenblicke nur um so elementarer zum Ausbruche kommen, während in den oberen Klassen der Auflösungsprozeß rapide urkräftig und mehr und mehr die Stimmung des „Rette sich, wer kann!" aufkommen läßt. Der Geist der Revolution erdeckt also allenthalben sein Haupt. Die Drohungen der Ententeagenten haben jede Wirkung verloren und man spricht schon davon, daß man Vergeltungsmaßnahmen der Entente damit beantworten werde, sich aller Angehörigen der Ententestaaten als Geiseln zu bemächtigen."

Zugegeben, daß die innerpolitische Lage Italiens nicht rosig ist. Ob es aber so schlimm steht, wie in dem Bericht glauben gemacht wird, kann immerhin bezweifelt werden. Trüfen die gemachten Angaben zu, dann sähe es an der italienischen Front auch anders aus.

•

Bern, 20. Dez. Wie bestimmt auftretende Gerüchte besagen, sind in der hiesigen italienischen Gesandtschaft Nachrichten eingetroffen, nach denen die Unruhen in Neapel bereits ausgesprochen revolutionären Charakter angenommen haben. Es fanden Straßenkämpfe statt. Unter der Menge befanden sich zahlreiche Fahnenflüchtige, die mit Armeegewehren schossen. Die Zahl der Opfer ist unbekannt. Nach römischen Meldungen hatte Giolitti gestern eine einstündige Unterredung mit Orlando.

Aus dem Osten.

Die Wahlen zur russischen Konstituante.

Stockholm, 18. Dez. (Eig. Bericht.) Den Politiken wird über die Wahlen der Konstituante aus Petersburg gemeldet: Bisher sind die Resultate von 237 Wahlen eingesandt worden. Nach diesen Meldungen sind gewählt: 85 Bolschewiki, 115 Sozialrevolutionäre, wovon mindestens der vierte Teil linksradikal ist, ferner 21 den vorgenannten Sozialrevolutionären nahestehende Kandidaten, 1 Internationalist, 10 Kadetten und 4 den Kadetten nahestehende Männer. Bisher wurden etwa 600 Wahlen vorgenommen, die aber zumeist noch nicht offiziell klargestellt sind. Die Konstituante wird voraussichtlich nach Wochenablauf eröffnet werden. Die rechtsstehenden Parteien treten wahrscheinlich selbständig zusammen und die Linke mit der Sowjet-Exekutive bildet vielleicht den Konvent. Auch eine Auflösung der Konstituante ist möglich. Die Petersburger Garnison und der Arbeiterrat wollen die Macht nicht der Konstituante überlassen. Das klassenbewußte Proletariat teilt nicht die in den Landbezirken herrschenden Illusionen über die Konstituante. Die Lage ist kompliziert. Bisher sind nur wenige Kadettendeputierte verhaftet. Die vorstehende Darstellung, welche die Erklärungen des Volkskommissars Urizky wiedergibt, weist auf die baldige Verschärfung des Terror-Regims hin.

Die Kämpfe der Maximalisten um die Macht.

(W. T. B.) **Petersburg**, 20. Dez. (W. T.-A.) Der Berichterstatter des Djen telegraphiert: Die Kämpfe in Odessa gehen weiter. Unter dem Druck der Vertreter des Panzerkreuzers Sinope und zweier Kreuzer, die auf Seiten der Bolschewiki stehen, nahm die Sitzung aller vereinigten Organisationen eine Entschließung an, wonach die gesamte Gewalt in die Hände der Bolschewiki und der Rada übergeht.

Haag, 20. Dez. Reuter meldet aus Petersburg, daß Kaledin an die maximalistische Regierung telegraphiert habe, er wünsche Vorschläge über die Beendigung des Bürgerkrieges zu machen. Er verlangt, daß die Maximalisten sich nicht mehr in die Angelegenheiten des Dongebietes einmischen und drängt auf sofortige Bildung eines Koalitionskabinetts. Nach einer Timesmeldung ist durch das Eingreifen der Ortsbehörden von Odessa ein Waffenstillstand zwischen Maximalisten und Ukrainern abgeschlossen worden.

(W. T. B.) **Petersburg**, 20. Dez. (Reuter.) In Petersburg wurde der Kriegszustand erklärt. Alle Versammlungen auf den Straßen wurden verboten und alle Plünderungsversuche werden ohne vorherige Warnung mit Maschinengewehren unterdrückt. Niemand darf nach 8 Uhr abends ohne besondere Erlaubnis die Straße betreten.

Japan rüstet für die Zeit nach dem Kriege.

(W. T. B.) **Petersburg**, 20. Dez. (P. T.-A.) Eine Meldung aus Wladiwostok vom 18. bestätigt, daß die Japaner keine Feindseligkeiten bekunden. Sie versuchen auf jede Weise, die geschäftlichen und Handelsbeziehungen zu unterhalten, die infolge des großen Rubelsturzes und der verschiedenen Verteidigungsmaßnahmen gleich null waren. Vom nächsten Januar an beginnt Japan mit der Ausführung ungeheurer neuer Pläne, die auf die Verproviantierung der Land- und Seestreitmacht abzielen. Das Programm sieht eine Erhöhung der Menge und Stärke der militärischen Einheiten vor. Die Gebirgsartillerie wird vermehrt, die sich im gegenwärtigen Kriege als besonders wertvolle Waffe erwiesen hat. Es werden besondere Automobil- und Flugzeugverbände geschaffen. Die Japaner kennen aus Erfahrung die Verwendung erstickender Gase und die Abwehrmittel gegen solche Angriffe. Aus den Vorbereitungen geht hervor, daß Japan bestimmt den gegenwärtigen europäischen Krieg nicht als Ausbruch des Militarismus ansieht, der endgültig von selbst zu Ende gehe. Im Gegenteil vervollkommnet Japan seine Streitkräfte und erweitert sie, um auf der See seine Stellung unter den Völkern der Erde zu gründen.

Von den Balkanfronten.

Der Oberbefehlshaber der Saloniki-Armee abberufen.

(W. T. B.) **Amsterdam**, 19. Dez. Das Reuterische Bureau berichtete aus Athen vom 15. Dez.: Die Blätter melden die Abberufung Sarrails. Sein Nachfolger sei General Guillaumat. Sarrail sei für einen höheren Posten bestimmt. Ferner wird gemeldet, daß der französische Admiral, der das Geschwader der Alliierten im Ägäischen Meer befehligt, durch Konteradmiral Fatu ersetzt worden sei.

Damit hat sich bestätigt, was schon seit langem von eingeweihten Kreisen gemeldet wurde.

Politische Rundschau.

Rüstringen, 21. Dezember.

Ein neuer Gouverneur für Deutsch-Guinea. Bürgerliche Blätter wissen zu berichten:

Wie wir hören, hat der Kaiser soeben den Geheimen Oberregierungsrat Haber zum Gouverneur von Neuguinea ernannt. Haber ist 1900 in die Kolonialverwaltung als Bergassessor eingetreten, war 1905 bis 1906 stellvertretender Gouverneur von Deutsch-Ostafrika und gehörte seitdem der Kolonialzentralverwaltung an. Im Januar 1914 war Haber nach Deutsch-Guinea ausgereist, um einstweilen die Vertretung und dann den Posten des dortigen Gouverneurs zu übernehmen. Während des Krieges waren gerade die Ereignisse in Neuguinea bemerkenswert, denn es gelang dem damaligen stellvertretenden Gouverneur Haber mit den Gegnern eine ungewöhnlich günstige Kapitulation abzuschließen. Er hatte nur eine schwache Polizeitruppe von wenigen hundert Mann zur Verfügung, die mit dem australischen Expeditionskorps nur einen völlig aussichtslosen Kampf aufnehmen konnte. Trotzdem kam eine für uns günstige Kapitulation zustande, die u. a. die Bestimmung enthielt, daß sämtliche deutsche Bemannung des Schutzgebiets ohne Leistung des Neutralitätseides mit australischen Feldbriefen in ihre Heimat zurückkehren konnten. Die Ernennung Habers zum Gouverneur kommt vielleicht in diesem Augenblick etwas überraschend, da Neuguinea schon seit Jahr und Tag in feindlichem Besitz ist. Maßgebend für die Ernennung — für die anderen Kolonien sind übrigens auch Gouverneure bestellt — war die Erwägung, daß die Erfahrungen in allen deutschen Kolonien seit Jahren Verwaltungsmaßnahmen getroffen hat, die weit über den Charakter des für eine vorübergehende Okkupation notwendigen hinausgehen. Mit dieser Geste hat die Entente kundgeben wollen, daß sie entschlossen ist, den deutschen Kolonialbesitz zu behalten, den sie uns durch ihre Uebermacht entreißen konnten. Die Belassung unserer Kolonialgouverneure im Amt und die Ernennung Habers zum Gouverneur von Neuguinea soll nun zum Ausdruck bringen, daß Deutschland grundsätzlich auf seine seiner Kolonien verzichtet. Ohne daß selbstverständlich den einzelnen Abmachungen des künftigen Friedensschlusses vorgegriffen wird, ist das Deutsche Reich fest entschlossen, seinen überseeischen Kolonialbesitz vom Feinde beim Friedensschluß zurückzufordern.

Die Ernennung des neuen Gouverneurs hat demnach nur problematische Bedeutung.

Die Reichstagsersatzwahl in Bonn-Rheinbach. Bei der Reichstagsersatzwahl in Bonn-Rheinbach (für Dr. Spahn) wurde der offizielle Zentrumskandidat Rechtsanwalt Henrig mit 8467 Stimmen gegen den zweiten Zentrumsbewerber Justizrat Abs gewählt, der 2713 Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung ist selbst durch die heftigen Aufrufe der „Gegenparteien" nicht gefördert worden; sie betrug nur etwa 10 Prozent der Wahlberechtigten. Dabei hat Abs, wie die Köln. Volksztg. mitteilt, noch alle konservativen und liberalen Stimmen erhalten.

Schach dem König. Angesichts des unbestrittenen und unbestreitbaren Sieges, den in der freikonservativen Partei die allerentschiedenste Reaktion gegenüber der „lauwarmen" Reaktion des Freiherrn Oktavio von Zedlitz davongetragen hat, gewinnt die Rede, die der Führer dieser äußersten Rechten innerhalb seiner Partei, der freikonservative Landtagsabgeordnete Lüdicke, am Montag den 10. Dezember bei der ersten Lesung der Wahlreformvorlagen im Abgeordnetenhause gehalten hat, nachträglich noch besondere Bedeutung. Wir geben deshalb nach dem amtlichen Stenogramm hier noch ein paar für die „Königstreue" dieser „geborenen Royalisten" besonders kennzeichnende Sätze wieder:

„Die Entstehungsgeschichte des Erlasses vom 11. Juli weist mit zwingender Konsequenzlichkeit darauf hin, daß es sich hier um eine solche Konzession des Königs handelt . . . . . Die Entschließung, die die Unterschrift des Königs trägt, bleibt ein Regierungsakt des Königs; denn in Preußen herrscht und regiert der König. Der Landtag hat aber demgegenüber nicht bloß das verfassungsmäßige Recht, sondern auch die verfassungsmäßige Pflicht, zu prüfen, ob die Einführung des gleichen Wahlrechts mit den geschichtlichen Aufgaben und der Eigenart Preußens vereinbar ist. (Sehr richtig! bei den Freikonservativen.) Wenn wir bei dieser Prüfung zu der Ueberzeugung kommen, daß das gleiche Wahlrecht den preußischen Staat in seinen Fundamenten gefährdet und das Königtum zum Scheinkönigtum herabwindet, dann haben wir nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht, der Durchführung des Erlasses mit allen verfassungsmäßigen Mitteln entgegenzutreten. (Sehr richtig! bei den Freikonservativen. — Hurrah.) Es handelt sich bei uns nicht um die Person des Königs, sondern um das Königtum als staatliche Einrichtung. Wir glauben, unserm König und dem Königshause dadurch am besten zu dienen, wenn wir so handeln, wie es nach unserer Auffassung im Interesse des preußischen Staates liegt. (Sehr richtig! bei den Freikonservativen). An sich sind meine Freunde alle einig, daß das gleiche Wahlrecht den Interessen des preußischen Staates nicht dient. Wir lehnen auch jetzt, wie die Verhältnisse stehen, mit wenigen Ausnahmen das gleiche Wahlrecht ab; aber auch diese meine Freunde behalten sich ihre endgültige Stellungnahme vor, bis der Gesetzentwurf aus der Kommission herauskommt."

Zu diesen „wenigen Ausnahmen" in der freikonservativen Fraktion, die nicht von vornherein ein unbedingtes Nein gegen die Vorlagen der Regierung, gegen den „Regierungsakt des Königs" hatten, sondern zum Mindesten den schüchternen Versuch machen wollten, auf der Bahn des Kompromisses zu einer Verständigung mit der Regierung auf der Grundlage des Mehrstimmenrechts zu gelangen, gehört bekanntlich Oktavio von Zedlitz. Und eben deshalb mußte er abgehalftert werden.

Wie in Mecklenburg neuorientiert wird. Der mecklenburgische Landtag hat, wie der Vorwärts berichtet, in einer seiner letzten Sitzungen bei der Regierung beantragt, den Reichstagsabgeordneten Oberlehrer Stykowich, der Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei ist, zu maßregeln. Zur Begründung

Feuilleton.

Das erste Betonschiff im Hamburger Hafen. Ein denkwürdiges Ereignis in der Geschichte des Hamburger Schiffbaues war die gestrige Probefahrt des ersten nach dem System Rüdiger in Eisenbeton ausgeführten Motorlastschiffes. An dem Vorgange, der sich ohne Aufsehen abspielte, beteiligten sich nur einige Reedervertreter, Ingenieure, Abgeordnete von Versicherungsgesellschaften und Vertreter der Presse. Stahl und Eisen für Schiffsbauzwecke sind durch das langandauernde gewaltige Völkerringen knapp geworden und auch nach dem Kriege wird dieses Material einstweilen auch nicht in übermäßiger Fülle zur Verfügung stehen, was um so schwerer ins Gewicht fällt, weil der verfügbare Schiffsraum gegenwärtig sehr eng bemessen ist und es vorläufig auch noch bleiben wird. Diese Argumente haben den Ingenieur R. Rüdiger veranlaßt, der bereits in der Mitte des vorigen Jahrhunderts gefüllten Methode der Herstellung von Schiffskörpern aus Eisenbeton näher zu treten und einen Beton zu erfinden, der nur halb so schwer ist als der bisherige Kiesbeton, ohne hierbei dessen Festigkeit vermissen zu lassen. Diese Masse, deren spezifisches Gewicht 1,05 bis 1,25 beträgt, ist wasserabweisend und sehr dicht, sie umschließt die Eiseneinlagen sehr gut und besitzt große Druck- und Zugfestigkeit; dabei ist sie zäher und elastischer als Kiesbeton. Durch besondere Anordnung der Eisenarmierung ist es Rüdiger gelungen, einen gegen Druck von außen sehr widerstandsfähigen Schiffsrumpf herzustellen, der gegenüber der Verwendung von Eisen und Stahl große Vorteile bietet. Der neuen Bauweise werden folgende Vorzüge nachgerühmt: Unbeschränkte Lebensdauer, da Verbeulen oder Verrosten ausgeschlossen ist; geringfügige Unterhaltungskosten; große Tragfähigkeit bei geringem Eigengewicht; schnelle und billige Ausbesserungsmöglichkeit nach eingetretenem Schaden; kurze Bauzeit; leichte Beschaffung des Baumaterials; das Ansetzen von Muscheln und Pflanzen ist ausgeschlossen; absolute Wasserundurchlässigkeit; Widerstandsfähigkeit gegen Seewasser; 50 bis 60 Proz. billigere Anschaffungskosten und Feuersicherheit. Außerdem fallen die geringen Abschreibungen wegen längerer Lebensdauer wesentlich ins Gewicht. Vor der Probefahrt wurde der Rumpf von den versammelten Interessenten in allen Teilen einer eingehenden Prüfung unterzogen, die das Ergebnis hatte, daß nur Ausdrücke der Befriedigung vernommen wurden. Das für die deutsche Marine bestimmte Schiff, das durchaus gefällige Formen aufweist, wandte sich dann nach der Werft, wo am Elbdeich auf der Werft der Firma ein etwa 30 Tons großes Schiff im Entstehen begriffen ist, dessen Werdegang beobachtet werden konnte.

Vom sparsamen Theaterdirektor. Heute müssen die Leiter der öffentlichen Unterhaltungsstätten vielfach mit einiger Strenge zur Innehaltung der Licht- und Kohlenersparnis angehalten werden. Vor 50 Jahren aber hat es einen Theaterdirektor in Deutschland gegeben, der sich selber im Gebrauch aller für die Bühne notwendigen Materialien die größte Sparsamkeit auferlegte. Es war der Geheime Kommissionsrat Woltersdorf, der in Königsberg in den 60er Jahren das dortige Stadttheater und zugleich das Wilhelm-Theater leitete. Ferdinand von Strantz, geitlebens von den Berlinern nicht anders als „der alte Strantz" genannt, konnte als Regisseur Woltersdorfs von dessen Knauserigkeit ein Lied singen. In seinen „Erinnerungen" stellt er ihm das Zeugnis aus, daß er „lediglich für gefüllte Theaterkassen schwärmte" und „in seinen Aufwendungen für Ausstattungen mehr als ökonomisch war". Zur Darstellung der Oper Euryanthe verlangte Strantz, daß eine größere Anzahl Statisten zur Vermehrung des „Volkes" eingestellt würden, Woltersdorf dekretierte jedoch kurz und bündig, daß die vorhandenen Statisten „gestreckt" würden, indem er lakonisch zu Strantz sagte: „Stellen Sie die Monsieurs mehr auseinander, und meine Königsberger werden glauben, daß es sehr viele sind." Ebenso sparsam wie mit dem Menschenmaterial war Woltersdorf auch mit „allem, was Geld kostete". So konnte er durchaus nicht leiden, daß die Beleuchtung auch nur eine Minute länger brannte, als unbedingt nötig war. Ein bei ihm gastierender beliebter Komiker wollte nach dem jubelnden Schlußbeifall des Publikums noch eine kleine Abschiedsrede halten, der Direktor befahl aber seinem Faktotum Leichert, schleunigst die Rampenlichter auszudrehen und den Vorhang herunter zu lassen. Der Komiker schlüpfte indessen noch schnell unter dem Vorhang hindurch und wollte gerade den Mund zum Sprechen auftun, als Woltersdorf kommandierte: „Leichert, Gas auslöschen!" und Künstler und Publikum in Dunkelheit gehüllt waren. „Mag er seine Rede halten, wo er will, nur nicht für mein Gasgeld," sagte Woltersdorf nachher befriedigt. Auch mit dem berühmten Schauspieler Hendrichs verdarb es der Sparkünstler. Hendrichs war gewöhnt, sich bei zwei Kerzen zu schminken — damit die Seiten gleich beleuchtet sind — der Herr Direktor „bewilligte" jedoch nur ein Licht. Selbst die Bitten des Regisseurs Strantz, dem Künstler den kleinen Wunsch zu erfüllen, fruchteten nichts; es blieb bei einem Lichtstumpf. Der gekränkte Hendrichs schwor hoch und heilig, nie wieder bei diesem Knauser zu gastieren, und er hat diesen Schwur auch gehalten.

•

Eine Untersuchung über Zeitungsanzeigen und deren Wirkung hat nach der Pharmazeutischen Post der Leiter eines großen Geschäftshauses angestellt. Er setzte in die Zeitungen eine Anzeige, in die vorsätzlich verschiedene fehlerhafte Angaben über geschichtliche Ereignisse und Daten eingeschmuggelt waren. Im Verlaufe einer Woche waren etwa 300—400 Zuschriften eingelaufen, in denen die Briefschreiber ihr Erstaunen darüber ausdrückten, daß ein solcher Schafskopf, der von nichts eine Ahnung zu haben scheine, die Geschäftsanzeigen der Firma abfassen dürfe. Und in den folgenden Tagen nahm der Briefstrom noch dauernd zu. Es liefen Briefe ein von Schulkindern und Schulmädeln, von Professoren und Lehrern, von Geistlichen und Landwirten, und selbst ein paar Namen von literarischem Rufe fanden sich unter den Briefschreibern. Damit war die Frage, um die es sich handelte, beantwortet.

•

Ein Wasserdurchdringungsapparat für Leder. Es ist sehr wichtig, Leder auf sein Durchdringungsvermögen für Wasser so untersuchen zu können, daß man dabei auch Vergleichswerte findet. Diesem Zwecke dient ein Apparat, der in der Zeitschrift für angewandte Chemie beschrieben wird. Das untere Ende einer senkrecht stehenden langen Röhre wird mit Hilfe von Gummidichtungen und einer Flanschenanordnung durch das zu prüfende Leder verschlossen. Darunter befindet sich der Wasserauffangbehälter, der am Boden eine Kupferplatte trägt, die als Unterbrecher eines elektrischen Stromkreises dient. Letzterer speist ein Läutewerk sowie die Stoppvorrichtung einer Uhr. Wird die Röhre mit Wasser gefüllt und der erste Tropfen fällt nach Durchdringung des Leders in das Auffangegefäß auf die Kupferplatte, so wird der Strom geschlossen, das Läutewerk ertönt und die Uhr steht still.

Landesbibliothek Oldenburg

des Antrages ist, wie aus dem amtlichen Sitzungsbericht hervorgeht, folgendes gesagt worden: Wegen des Oberlehrers Sivkovich wird darauf hingewiesen, daß derselbe wiederholt bei Werbereden für die 7. Kriegsanleihe Aeußerungen getan hat, die geeignet sind, das Durchhalten und den Siegeswillen des Volkes zu hindern, und unvereinbar sind mit seiner dienstlichen Stellung. Die Heranbildung eines willensstarken, alles Schwere der Zeit ertragenden und vaterländisch gesinnten Lehrerstandes erscheint dadurch gefährdet. Die Stände beantragen deshalb baldmöglichst Entfernung des Oberlehrers Sivkovich aus seinem Amt durch ein Disziplinarverfahren oder Pensionierung mit vollem Gehalt. — Aus Mecklenburg überraschen solche Streiche nicht mehr. Es wird aber bald Zeit, daß auch in dem Lande des Ochsenkopfes mit der vormärzlichen Reaktion aufgeräumt wird.

Im Lippischen Landtage kam es am Montag zu einer ziemlich erregten Wahlrechtsauseinandersetzung. Die Regierung hatte vorgeschlagen, der Landtag möge in einer Kommissionsberatung die Grundzüge des neuen Wahlrechts festlegen, wonach die Regierung sodann eine entsprechende Vorlage ausarbeiten werde. Von konservativer Seite wurde aber erklärt, daß sie sich zwar an den Beratungen beteiligen wollten, daß sie aber während des Krieges keine Umgestaltung beschließen würden. Die Regierung verhielt sich völlig passiv. Man will, wie es scheint, abwarten, was in Preußen zustande kommt.

Der Magistrat von Hannover und die Arbeiterbewegung. Gelegentlich einer Versammlung der Gewerkschaftsvorstände usw. wurde der Kartellvorstand beauftragt, sich an die Stadtverwaltung mit dem Ersuchen um Ueberlassung der Stadthalle zu wenden, damit der Arbeiterschaft in einer Versammlung Gelegenheit gegeben werde, sich mit der brennendsten Tagesfrage, der Lebensmittelbeschaffung und -verteilung sowie Preisfestsetzung zu beschäftigen. Da die geplante Versammlung keine politische sein sollte und man annahm, daß die Stadtverwaltung selbst ein Interesse daran haben würde, daß die Verbraucher über die wahren Gründe der Lebensmittelkalamität aufgeklärt würden, glaubte man nicht die geringsten Schwierigkeiten zu haben. Doch das Volk denkt, und der weise Magistrat von Hannover lenkt. Wir lassen hier die Eingabe und die darauf gegebene Antwort folgen:

Hannover, den 1. Dezember 1917.

An die Direktion der Stadthalle Hannover, Zeppelinstr. 12.

Die unterzeichnete wirtschaftliche Vereinigung richtet hiermit die Bitte an die verehrliche Direktion, ihr die Stadthalle zu einer Versammlung zu überlassen.

In dieser Versammlung will sich die arbeitende Bevölkerung mit den Fragen der Volksernährung während des Krieges befassen. Als Referent ist ein auswärtiger Reichstagsabgeordneter vorgesehen. Zu weiteren Auskünften sind wir gern bereit.

In der Hoffnung, bald eine zusagende Antwort von Ihnen zu erhalten, zeichnet

mit Hochachtung
Gewerkschaftskartell Hannover-Linden.

Magistrat
der Königl. Haupt- u. Residenzstadt Hannover.

Hannover, 7. Dez. 1917.

Dem durch das gefl. Schreiben vom 1. d. M. gestellten Antrage durch Ueberlassung der Stadthalle zu einer Versammlung können wir zu unserem Bedauern nicht stattgeben. Tramm.

An das
Gewerkschaftskartell Hannover-Linden, Nikolaistraße 7.

Abgelehnt, schramm! Gründe werden nicht angegeben. Es dürfte wohl keine Großstadt in Deutschland geben, wo man der Arbeiterschaft so wenig Rechnung trägt wie in Hannover.

Lokales.

Rüstringen, 21. Dezember.

Hinterbliebenenrenten in der Angestelltenversicherung

Mit Ende dieses Jahres entsteht für die Hinterbliebenen von Versicherungspflichtigen in der Angestelltenversicherung ein Anspruch auf Hinterbliebenenrenten. Wer nämlich der Angestelltenversicherung als Pflichtversicherter unterliegt und als solcher seit Beginn des mit dem 1. Januar in Kraft getretenen Versicherungsgesetzes für Angestellte ununterbrochen seine Beiträge geleistet hat, erfüllt mit dem Dezemberbeitrag die Wartezeit für den Anspruch auf die Hinterbliebenenrenten.

Allgemein dauert allerdings die Wartezeit bei den Hinterbliebenenrenten 120 Beitragsmonate, also 10 Jahre, und sind weniger als 60 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht nachgewiesen, sogar 150 Beitragsmonate (§ 48 des Angestelltenversicherungsgesetzes). Für die Uebergangszeit bestimmt aber das Gesetz: „In den ersten zehn Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes genügt zur Erfüllung der Wartezeit bei den Hinterbliebenenrenten (§ 48 Nr. 2) das Zurücklegen von sechzig Beitragsmonaten auf Grund der Versicherungspflicht."

Auf die Wartezeiten und bei Berechnung der Hinterbliebenenrenten werden nach der Bundesratsbekanntmachung vom 26. August 1915, rückwirkend für die Zeit vom 1. August 1914, als Beitragsmonate angerechnet, soweit sie in vollen Monaten bestehen, die Zeiten, in denen die Versicherten im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche oder dessen Verbündeten Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste geleistet haben. Für die Anrechnung ist die Gehaltsklasse des letzten, dem 1. August 1914 vorhergehenden Monats maßgebend, für den ein Pflichtbeitrag entrichtet ist.

Die Witwenrente (oder Witwerrente) wird nach einem „Ruhegehalt" berechnet, das ein Viertel des Wertes der in den ersten sechzig Beitragsmonaten entrichteten Beiträge beträgt. Zwei Fünftel dieses Ruhegehalts bilden den Betrag der Witwenrente, also zwei Fünftel mal ein Viertel der Summe aus den ersten 60 Monatsbeiträgen. Von dem Betrage der Witwenrente erhalten die Waisen je ein Fünftel und die Doppelwaisen je ein Drittel als Waisenrente.

Anträge auf Gewährung der Hinterbliebenenrenten sind an den Rentenausschuß der Reichsversicherungsanstalt in Berlin zu richten, doch können sie rechtswirksam auch bei einem anderen Organ der Reichsversicherungsanstalt oder bei einer anderen inländischen Behörde gestellt werden.

•

Begräbnisse auf dem Marinefriedhof. Die Bestattung der auf dem Kriegsschauplatz außerhalb der Heimat im Feindesgebiet gefallenen, sowie der in auswärtigen Lazaretten an Verwundungen oder Krankheiten gestorbenen Angehörigen des Heeres wie auch der Marine auf dem hiesigen Marine-(Ehren-)Friedhof muß wegen des beschränkten Platzes auf ganz besonders geartete Ausnahmefälle beschränkt bleiben, die der Genehmigung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts unterliegen. Wenn in solchen Ausnahmefällen die Beerdigung auf dem Marinefriedhof gewünscht wird, kann den Angehörigen nur dringend angeraten werden, die Genehmigung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts durch die Garnisonverwaltung Wilhelmshaven rechtzeitig, jedenfalls noch vor Ueberführung der Leichen hierher, einzuholen, da andernfalls unnötige Kosten und Verzögerungen entstehen können und Enttäuschungen nicht ausgeschlossen sind.

Auszeichnung. Der Vizefeldwebel Karl Schwitters, Sohn des hiesigen Lotteriecinnehmers Schwitters, hat das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhalten.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Die Arbeiterjugend Rüstringen veranstaltet am ersten Weihnachtsfeiertag im Edelweiß, Börsenstraße, eine Weihnachtsfeier, wozu die gesamte Arbeiterschaft Rüstringen-Wilhelmshavens eingeladen ist. Auf dem Programm, das von Jugendlichen ausgeführt wird, stehen u. a. Musikvorträge, Rezitationen, Turnen am Barren, bunte Volkstänze und Reigen. Programme sind an der Kasse erhältlich. Eintritt 20 Pf., für Jugendliche frei.

Aus aller Welt.

Eingebrochen und ertrunken. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in Lüdeck am Elbe-Trave-Kanal zwischen der St. Jürgenbrücke und der Seekadettenschule. Dort hatten zwei 8 und 9 Jahre alte Schüler an der Böschung des Kanals gespielt und wahrscheinlich die auf dem Wasser befindliche dünne Eisdecke auf ihre Haltbarkeit geprüft. Anzunehmen ist, daß sie hierbei eingebrochen und ertrunken sind, denn beide konnten nur als Leichen an der Unglücksstelle aus dem Kanal gezogen werden.

61 000 Mark Geldstrafe. Die Strafkammer in Bamberg verurteilte den Kaufmann und amtlichen Gerstenankäufer Wetzner wegen verbotswidrigen Malzhandels und Preistreiberei zu 61 000 Mark Geldstrafe oder 765 Tagen Gefängnis.

Eine Eifersuchtstragödie. Der vor der Vermählung stehende Rechtsanwalt Otto Karsten in Breslau wurde in seiner Wohnung von seiner früheren, aus Berlin herbeigeeilten Wirtschafterin wegen angeblichen Bruchs des Eheversprechens erschossen.

Letzte Telegramme.

Vergebliche italienische Angriffe.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 21. Dez. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern: In Flandern blieb bei dichtem Nebel die Artillerietätigkeit meist gering. Nördlich von der Straße Ypern—Menin trat am Nachmittag erhebliche Feuersteigerung ein. In erfolgreichen Erkundungsgefechten südlich von Hollebeke wurden eine Anzahl Engländer gefangen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg: Bei Mirzach, südlich von Altkirch, fielen bei einem gelungenen Vorstoß in die französischen Linien 31 Gefangene in unsere Hand.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Nichts Neues.

Mazedonische Front:

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front:

Siebenmal stürmten italienische Kräfte gegen die von den österreichisch-ungarischen Truppen in den letzten Tagen erkämpften Höhen westlich vom Monte Asolone, dreimal gegen den Monte Pertica an. Alle Angriffe scheiterten unter schweren Verlusten.

Gleichen Mißerfolg hatte ein feindlicher Angriff am Monte Solarolo.

Lebhaftes Feuer hielt während der Nacht, auch am frühen Morgen in den Kampfgebieten an.

Der Erste Generalquartiermeister: v. Ludendorff.

•

Die Abreise des Staatssekretärs von Kühlmann nach Brest-Litowsk.

(W. T. B.) Berlin, 21. Dez. Wie der Lok.-Anz. meldet, ist der Staatssekretär v. Kühlmann heute nacht kurz nach 12 Uhr nach Brest-Litowsk abgereist.

Die russischen Friedensunterhändler.

(W. T. B.) Amsterdam, 21. Dez. Ein hiesiges Blatt meldet aus Petersburg vom 18. Dezember: Gestern ist die russische Abordnung zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk abgereist. Sie besteht aus dem Nationalisten Professor Pokrowski, dem Diplomaten Dobrowolski, dem Admiral Iwanow und dem Finanzmann Obolenski.

Trotzky und die deutschen Kriegsgefangenen.

(W. T. B.) Berlin, 21. Dez. Trotzky soll nach den Blättern eine Verordnung erlassen haben, wonach die deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen im Gouvernement Nowgorod von der Zwangsarbeit befreit werden. Sie würden künftig wie freie Arbeiter behandelt, im besonderen auch, was die Löhne und ärztliche Behandlung anbetreffe. Trotzky läßt, so heißt es, durch die russischen Vertreter in Brest-Litowsk die deutschen, österreichisch-ungarischen und türkischen Vertreter ersuchen, ähnliche Maßregeln auch für die russischen Kriegsgefangenen zu treffen.

Die Erfolge eines deutschen Unterseebootes.

(W. T. B.) Berlin, 21. Dezember. (Amtlich.) Wiederum wurden durch eines unserer Unterseeboote im Bristol-Kanal, im Aermel-Kanal und in der Nordsee 4 Dampfer, 1 Segler und 3 englische Fischereifahrzeuge versenkt. Darunter ein bewaffneter englischer tiefbeladener Dampfer, sowie der bewaffnete französische Schooner Le Pierre, der mit Kohlen von Cardiff nach St. Malo unterwegs war. Bei zwei der versenkten englischen Fischereifahrzeugen konnten die Namen festgestellt werden: Konrage und Gazelle. Einem nach dem Bristol-Kanal laufenden Frachtdampfer wurden mehrere Artillerietreffer beigebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

•

Wie durch eigene Unvorsichtigkeit der Schiffsbesatzungen bei den Versenkungen Menschenleben zugrunde gehen.

(W. T. B.) Berlin, 21. Dez. Kürzlich wurde im Golf von Biscaya aus einem Geleitzuge ein 5000 Tonnen großer tiefbeladener grau bemalter Frachtdampfer herausgeschossen. Darauf entstand in dem Geleitzuge ein wildes Durcheinander und die Dampfer eröffneten auf das Sehrohr des Unterseebootes ein aufgeregtes Feuer, ohne aber einen Treffer zu erzielen. Der durch den Torpedo in der Mitte getroffene Dampfer füllte sich schnell mit Wasser und kenterte in vier Minuten. Dabei riß er im Lee (die dem Winde abgekehrte Seite des Schiffes) liegende Rettungsboote mit in die Tiefe. Ein neuer Beweis dafür, daß viele Verluste von Menschenleben bei den Schiffsversenkungen auf die eigene Ungeschicklichkeit der Besatzungen zurückzuführen sind, weil sie sich nicht schnell genug mit ihren Booten von den sinkenden Schiffen entfernen.

Lloyd George hält eine neue Rede über die Nahrungsmittelschwierigkeiten.

(W. T. B.) London, 21. Dezember. Lloyd George hielt gestern im Unterhause eine Rede, in der er sich zuerst mit dem Nahrungsmittelmangel befaßte und sodann die allgemeine militärische Lage zu Wasser und zu Lande darlegte. Zwei Gründe seien es, so führte er aus, die in jüngster Zeit die Verhältnisse auf dem Nahrungsmittelmarkte schwierig gestaltet hätten, nämlich das Fehlschlagen der Hoffnung, aus Dänemark und Holland Margarine und Butter zu erhalten und die Tatsache, daß der Nahrungsmittelmangel bei den Alliierten größer sei als vorher angenommen wurde und daß England bedeutende Opfer aus seinen eigenen Mitteln bringen müsse, um die schlechten Vorräte der Alliierten zu ergänzen. Was den Tee anbetreffe, so bessere sich die Lage ständig und es sei zu hoffen, daß durch die vermehrte Erzeugung im Inlande zugunsten der Magaziarversorgung sich binnen kürzester Frist die Lage erheblich bessern werde.

•

Das klingt etwas anders als die bisherigen Prahlereien der englischen Minister über die Wirkungslosigkeit des deutschen Unterseebootkrieges. Die dauernde Verminderung des der Entente zur Verfügung stehenden Frachtraumes macht sich von Monat zu Monat mehr bemerkbar. Die Tatsache, daß die englischen Ernteerträge zur Neige gehen und die Zufuhr aus dem Auslande, namentlich aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika und den Kolonien, immer schwerer wird, schafft auch in England nach und nach eine Situation auf dem Lebensmittelmarkte, die der bei uns herrschenden in nicht zu ferner Zeit gleichkommen wird und, wie die Dinge liegen, sie möglicherweise übertreffen muß, weil die landwirtschaftliche Produktion England wesentlich geringer ist als die der Mittelmächte. Von den Alliierten, besonders Frankreich und Italien ganz zu schweigen. Dort sind die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkte schon heute wesentlich schlechtere als in England. Die Zeit scheint wirklich nicht mehr so fern, daß in England das Volk erwachen wird, daß seine Regierung in unverantwortlicher Weise die Friedensmöglichkeiten ausschlug, da sie die Verhältnisse in der Nahrungsmittelzufuhr offensichtlich leichtfertig zu günstig beurteilte.

Der italienische König auf der Reise von der Front nach Rom.

(W. T. B.) Berlin, 21. Dez. Ueber die innere Unsicherheit der Lage in Italien bringen die Blätter lange Mitteilungen. Unbestätigt ist bis jetzt eine Meldung, der zufolge der König von Italien von der Front nach Rom abgereist sei.

•

Einigung zwischen der Militärorganisation und der Regierung in Spanien.

(W. T. B.) Bern, 21. Dez. Nach einer Meldung des Temps scheinen sich die Militärjunden mit der Madrider Regierung geeinigt zu haben. Die letztere soll ihnen eine gewisse politische Rolle zugestehen. Der Kriegsminister wird nächstens eine Abordnung aller Militärjunden empfangen.

Die Stimmung in Argentinien und in Chile nicht deutschfeindlich.

Amsterdam, 21. Dez. Die holländische Zeitung Standard erfährt, daß die Stimmung in Argentinien und Chile nicht so ungünstig ist, wie englische Blätter glauben machen wollen. Die Stellung der Deutschen in Argentinien sei durch große Handelsfirmen und auch politisch fest gegründet. Der Beschluß des Senats, daß die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen werden sollten, entspreche nicht den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung. Der Präsident sei streng neutral. In Chile verhalte es sich ebenso.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Hänlich. — Verlag von Paul Hug. — Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Rüstringen.

Landesbibliothek Oldenburg

Verordnung

betreffend

Arbeitshilfe in der Land- u. Forstwirtschaft und die Heranziehung der Minderjährigen zu geregelter Arbeit.

Auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 31. Juli 1914, betr. Erklärung des Kriegszustandes, des Artikels 68 der Reichsverfassung, der §§ 4 und 9 des preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. Dezbr. 1915, betr. Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851, bestimme ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes:

1. Der § 1 der Verordnung über die Arbeitshilfe in der Land- und Forstwirtschaft usw. vom 6. Juli 1917 erhält folgendes: 4. Absatz: Es ist verboten, männliche oder weibliche Personen, die in der Land- und Forstwirtschaft bereits beschäftigt waren, in Arbeit zu nehmen, ohne sich die schriftliche Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde vorlegen zu lassen;
2. Die Geltungsdauer der Verordnung über Arbeitshilfe in der Land- und Forstwirtschaft usw. vom 6. Juli 1917 wird auf unbestimmte Zeit verlängert. Der Absatz des § 13, die Geltungsdauer der §§ 1, 2 und 3 betr., ist deshalb zu streichen.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündigung in Kraft.

Wilhelmshaven, den 14. Dezember 1917.

Der Chef der Marinestation der Nordsee.
v. Krosigk, Admiral. 5500

Konsum- und Sparverein für Rüstringen u. Umgeg.
e. G. m. b. H., Rüstringen.

Anläßlich des Weihnachtsfestes sind unsere Betriebe für den öffentlichen Verkehr wie folgt geöffnet:

Sonntag, den 23. d. Mts.,
Schuhvertrieb, Mitscherlichstraße 1, von 3 bis 8 Uhr nachmittags;

Montag, den 24. d. Mts.,
sämtliche Bureaus von 8 bis 1 Uhr,
„ Verteilungsstellen von 8 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags.

Die Ausgabe des Weihnachtsgebäcks
erfolgt am 24. d. Mts. in der Verteilungsstelle, in der es bestellt ist, gegen Abgabe der Marken. Das
1-Pfund-Gebäck kostet 30 Pf.,
4-Pfund-Gebäck „ 110 „

Die Milchverteilung
findet wie folgt statt:
für den 24. d. Mts. Montag, den 24. d. Mts., vormittags,
für den 25. d. Mts. Montag, den 24. d. Mts., nachmittags,
für den 26. d. Mts. Mittwoch, den 26. d. Mts., von 9 bis 10 Uhr vormittags.
Am Mittwoch wird außer Milch keine Ware verabfolgt.

5527] **Der Vorstand.**

Emden.

Besondere Ortskrankenkasse für handwerksmäßige Betriebe in Emden.

Zur außerordentlichen **Ausschußsitzung** am 27. Dezember, abends 8½ Uhr, im Klubhaus (Garrels) werden die Mitglieder derselben hiermit freundlichst eingeladen.

Tagesordnung: Aenderung einiger Paragraphen der Satzung und Sonstiges. 5518

Der Vorstand (M. Rück stellv. Vors.).

Drucksachen fertigen an Paul Hug & Co.

Am Montag, 24. Dezbr.

werden unsere Verkaufsstellen
Schlachtereien u. Kontore
um 2 Uhr mittags
geschlossen.

5526

Werft-Wohlfahrtsverein.

Städt. Badeanstalt Rüstringen.
Oldenburgerstraße 12.

Geöffnet in den Monaten April bis einschließlich Oktober von morgens 7 bis mittags 1 Uhr und von nachmittags 3 bis abends 8 Uhr, in den Monaten November bis einschließlich März von morgens 8 bis mittags 1 Uhr und von nachmittags 3 bis abends 8 Uhr; an jedem Sonnabend bis 10 Uhr; an Sonntagen nur bis vormittags 11 Uhr. Die Kasse wird eine halbe Stunde vor Beendigung des Betriebes geschlossen.

Die Schwitzbäder sind für Damen jeden Montag und Donnerstag nachmittag, in der übrigen Zeit nur für Herren geöffnet. Sonnabend nachmittags werden keine Schwitzbäder verabfolgt.

Verabreicht werden außer **Reinigungsbädern alle medizinischen Bäder.**

Wannenbäder kosten 50 Pfennig. 2 Kinder unter 14 Jahren gleichen Geschlechts dürfen ein Wannenbad benutzen.

Preislisten sämtlicher Bäder sind in der Badeanstalt zu haben. [940

Adler-Theater.

Sonnabend den 22. und Sonntag den 23. Dezbr., nachmittags:
Familien- u. Kindervorstellung:
Brüderchen und Schwesterchen.
Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von C. A. Görner.
!! Große Kinder-Ballet-Einlagen !!

Jeden Abend 8 Uhr: 5517
Stolze Thea Operette in 3 Akten von G. Okonkowski, Musikv. M. Gabriel

---

Am 24. d. Mts.

sind die Geschäftsräume der unterzeichneten Rechtsanwälte während des ganzen Tages geschlossen

Dr. Arkenau
Dr. Brunnemann
Justizrat Buddenberg
Koch
Dr. Lüerssen
Dr. Peters
Schröder. 5514

Kriegs-Wohlfahrtsspiele im Parkhaus.

Die zum **22. d. M.** angekündigte Opernaufführung **Evangelimann** **wird verschoben!!!**

Sonntag den 23. Dezbr.
nachmittags 4 Uhr zu ermäßigten Preisen
Der Struwelpeter.
Weihnachtsmärchen in 4 Bildern n. Dr. G. Beaur.

Karten sind zu haben in **Lohses** Buchhandlung, Roonstr., und **Riemeyers** Zigarrengeschäft, Ecke Göker- und Bismarckstr. — Die Karten zur Sonntags-Nachmittags-Vorstellung sind nur bei Riemeyer zu haben. 5471

Zum Weihnachtsfest
empfehle
ff. Punschextrakte
in anerkannt vorzüglicher Qualität:
Rum-, Arrak-, Glüh-, Schwedenpunsch rc. in verschiedenen Preislagen.

Sämtl. alkoholfreien Punsche
bei dem jetzigen Spritmangel besonders zu empfehlen

Rhein- und Rotweine
in großer Auswahl.
Echter Rum und Arrak
nebst Verschnitten.

Ernst Jockusch
Dampfdestillation und Likörfabrik
Kronenstraße 4. 5525

Volks-Theater

Heute Freitag:
4. Familienvorstellung
zu halben Preisen.
Wilhelm Guger in:
Wenn die Liebe nicht wär'!

Sonntag, den 23. bis Mittwoch, den 26. Dez., jeden Nachmitt. 3½ Uhr:
Deutscher Volksmärchen-Zyklus
4 große Weihnachtsmärchenaufführungen.

Dauerkarten zu allen 4 Vorstellungen, das schönste Weihnachtsgeschenk für Kinder, sind täglich von 12—5 Uhr im Theater-Restaurant zu haben. [5528

Allg. Ortskrankenkasse Wilhelmshaven-Rüstringen.

Die Auszahlung des Krankengeldes für Montag, Dienstag Mittwoch (24.—26. Dez.) erfolgt am

Sonnabend

den 22. Dezember 1917.
Das Kassenlokal bleibt an obengenannten Tagen geschlossen. 5504

Die Kassenverwaltung
A. Junge.

Bürgerverein Schortens
Bezirk Rosthausen.
Sonntag den 23. Dezember, nachm. 4 Uhr: 5516
General-Versammlung.
Wicht Tagesord Um zahlr. Erscheinen bittet **D. V.**

Varieté Metropol.
— Täglich —
Spezialitätenprogramm!
Anfang 8 Uhr

Kriegs- und Volksküchen.

Sonntag den 23. Dezbr. sind von 11½ Uhr ab geöffnet die Küchen in der
Friedrikenstraße.
Bremerstraße.
Mellumstraße.
Markthalle.

Scheuer-Pulver
bester Ersatz für Soda
Pfd. 15 Pf.
Wenzels Seifengeschäfte
Marktstr. 55. Hökerstr. 55

Sekt- und Wein-Flaschen
kauft zu hohen Preisen
M. Berliner.
Rüstringen, Paulstr. 4.

Volksküchen
Mellumstraße u. Alnestraße
Kaiserstr., Friederikenstr.
Bremer Str., Bismarckstraße.
Börsenstr., Markthalle Bant.

Kaufe fortwährend neue u. gebrauchte Möbel, Betten, sowie ganze Hausstände u. zahle die höchsten Preise.
W. Koch, Wilhelmshaven, Str. 86 [1329

---

3 bis 4 Fuder
feste Gartenerde
unentgeltlich abzugeben.
W. Koch, Wilhelmer Straße

Landesbibliothek Oldenburg

Beilage.
31. Jahrg. Nr. 299.

Norddeutsches Volksblatt

Sonnabend, den 22. Dezember 1917

Der Kleinwohnungsbau im Großherzogtum Oldenburg.

Im Bericht des Finanzausschusses des Landtages über die Vorlage der Staatsregierung über die Beteiligung des Staates an der Förderung des Wohnungswesens lesen wir: Der Landtag hatte in seiner vorjährigen Versammlung folgenden selbständigen Antrag des Abgeordneten Hug der Staatsregierung zur Prüfung überwiesen:

Die Staatsregierung wird ersucht: 1. dem Landtag in der nächsten Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Bürgschaftsübernahme des Staates für Darlehen über die Mündelgrenze hinaus, die von anderer Seite an gemeinnützige Bauunternehmungen (Bauvereine, Baugenossenschaften usw.) oder an Gemeinden zur Herstellung gesunder Kleinwohnungen gegeben werden, vorsieht; 2. Mittel in den Voranschlag 1918 und ferner einzustellen, die a) den Beitritt des Staates zu gemeinnützigen Bauunternehmungen für den Kleinwohnungsbau als Mitglied mit Geschäftsanteilen, b) die Gewährung von billigen Darlehen vom Staat an solche Unternehmungen ermöglichen; 3. die bisher für Zinsbeihilfen in die Landeskassen des Herzogtums und der Fürstentümer eingestellten Mittel den Bedürfnissen entsprechend im Jahre 1918 und ferner wesentlich höher vorzusehen.

In der gegenwärtigen Vorlage teilt die Staatsregierung die Ergebnisse der vorgenommenen Prüfung mit. Mit der Richtung des Antrages sei sie durchaus einverstanden. Schon vor dem Kriege habe der Staat das Wohnungswesen, insbesondere die Schaffung von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung und die Errichtung von Einfamilienhäusern als Erwerbshäuser, wirksam gefördert. Nach dem Friedensschlusse werde die Wohnungsfürsorge eine wesentlich erhöhte Bedeutung gewinnen und ein tatkräftiges Eingreifen der öffentlichen Verbände, namentlich der Gemeinden und des Staates, gebieterisch verlangen. Das allgemeine Interesse an den Wohnungsfragen sei erfreulicherweise während des Krieges, namentlich auch unter der Einwirkung der Kriegerheimstättenbewegung, sehr stark gewachsen. In der Vorlage hat sodann die Staatsregierung zu den einzelnen von dem Abgeordneten Hug gegebenen Anregungen mit ausführlicher Begründung, wie folgt, Stellung genommen:

1. Für die Uebernahme der Bürgschaft seitens des Staates für Darlehen zur Herstellung von Kleinwohnungen liege im allgemeinen ein Bedürfnis nicht vor, da der Staat sich durch Vermittelung der Staatlichen Kreditanstalt als Geldgeber an der Lösung der Aufgabe wirksam beteilige. Beides neben einander, Bürgschaftsübernahme und Hergabe von Darlehen, als staatliche Maßnahme sei nicht ohne Bedenken. Der Staat müsse sich vielmehr auf die Geldbeschaffung beschränken und die Bürgschaftsübernahme im allgemeinen den Gemeinden überlassen, die den Verhältnissen näher ständen und die Lage des Einzelfalles besser übersehen könnten.

2. Der Staat sei bereit, die gemeinnützige Bautätigkeit zu Gunsten der Schaffung ausreichender Kleinwohnungen durch Uebernahme von Genossenschafts- oder Gesellschaftsanteilen zu fördern, wobei zur Bedingung gemacht werden müßte, daß die Gemeinden oder der Amtsverband sich in gleicher Höhe an der Genossenschaftsbildung beteiligten, und es sollen deshalb zur Förderung gemeinnütziger Unternehmungen für den Wohnungsbau 100 000 Mark für das Herzogtum und je 15 000 Mark für die beiden Fürstentümer in die Voranschläge für 1918 neu eingestellt werden.

3. Billige Darlehen habe der Staat bisher schon, soweit irgend Bedürfnisse dafür vorhanden gewesen, zur Verfügung gestellt.

4. Auch Zinsbeihilfen in ausreichender Höhe seien alljährlich in den Voranschlag eingestellt und vom Landtage bewilligt, und es stehe nichts im Wege, diese Einrichtung künftig auch auf die beiden Fürstentümer auszudehnen. Die Zinsbeihilfen seien Baulustigen aus dem Kreise der Minderbemittelten gewährt worden, um sie zum Erwerb eines Einfamilienhauses anzureizen. Die Gewährung von Darlehen in Verbindung mit den Zinsbeihilfen hätte so günstig gewirkt, daß es in letzter Zeit vor dem Kriege kaum noch eines Anreizes durch Gewährung von Zinsbeihilfen bedurft hätte, daß vielmehr die Gewährung von Darlehen unter billigen Bedingungen allein schon sich als ausreichend erwiesen hätte, um dem Einfamilienhaus als Eigenhaus wieder größere Verbreitung zu verschaffen. Dies sei in erfreulichem Umfange gelungen. Nach dem Kriege werde als neuer Bestimmungsgrund zur Gewährung von Zinsbeihilfen hinzutreten die Notwendigkeit, gute Wohnungen für kinderreiche Familien zu beschaffen. Um diese Zwecke zu erreichen, genügten die im § 117 des Voranschlags für das Herzogtum aufgenommenen 50 000 Mk. Bei den Fürstentümern könne die Einstellung der Mittel hierfür bis 1919 verschoben werden, da die erforderlichen Vorbereitungen nicht früher durchgeführt werden könnten.

5. Für die Zeit nach dem Kriege werden in Anbetracht der ganz ungewöhnlichen Verhältnisse auf dem Geld- und Baumarkte zur Bekämpfung oder Milderung dann etwa örtlich auftretender schwerer Wohnungsnot Sonderhilfsmaßnahmen in Aussicht gestellt, über deren Art und Umfang heute noch nichts näheres gesagt werden könne, da das Bedürfnis und die Entwicklung der Verhältnisse sich noch nicht mit genügender Sicherheit übersehen lasse.

Das Hauptergebnis der Prüfung ist darnach also die Bereitwilligkeit des Staates, sich an gemeinnützigen Baugenossenschaften, -Gesellschaften usw. unter Voraussetzung gleichartiger Mitwirkung der Gemeinden zu beteiligen, was zunächst unmittelbar praktische Bedeutung für die in Bildung begriffene Kriegerheimstätten-Baugesellschaften hat.

Bei einer Besprechung im Ausschuß mit dem Regierungsbevollmächtigten wurde von einem Abgeordneten ausgeführt, es sei bedauerlich, daß der Staat die Uebernahme der Bürgschaft ablehne. Wie denn je geholfen werden solle, wenn trotz vorliegenden Bedürfnisses die Gemeinde die Bürgschaftsübernahme ablehnen würde. Ferner könnten dadurch namentlich die Grenzgebiete, z. B. Rüstringen in seinem Verhältnisse zu Wilhelmshaven, in Verlegenheiten geraten. Wenn das gegenwärtig zur Beratung stehende preußische Bürgschaftsgesetz, welches die staatliche Bürgschaftsübernahme für Kleinwohnungsdarlehen ohne Beschränkung auf bestimmte Bevölkerungsklassen vorsehe, wie nicht zu bezweifeln, angenommen würde, dann würden die Rüstringer gemeinnützigen Baugenossenschaften den gleichartigen Wilhelmshavener Unternehmungen gegenüber ins Hintertreffen geraten. Die Landesversicherungsanstalt Hannover werde alsdann den Wilhelmshavener Gesellschaften wie bisher billiges Geld hergeben und der Staat die Bürgschaft bis zu 90 Prozent, ja in gewissen Fällen sogar bis zum vollen Werte, übernehmen. Ferner wurde auf das Beispiel von Oesterreich hingewiesen, wo die Bürgschaftsübernahme des Staates vorbildlich geregelt sei. Die Grundsätze für Gewährung von Zinsbeihilfen müßten erweitert werden, insbesondere müßte der Begriff der Minderbemittelten, denen Zinsbeihilfen gewährt werden könnten, dahin erweitert werden, daß wie in Preußen, Personen mit einem Einkommen bis zu 4200 Mk. berücksichtigt werden könnten. Erstrebenswert sei, daß auch die Mittel der Landessparkasse und der Brandkasse zur Förderung von Kleinwohnungen bereit gestellt würden.

Vom Regierungsbevollmächtigten wurde hierzu und zu der Vorlage überhaupt folgendes ausgeführt:

Die Bundesstaaten beteiligten sich an der Förderung des Wohnungswesens in verschiedener Weise. Einige wenige Staaten übernehmen die staatliche Bürgschaft, andere gewährten Darlehen etwa zu ihren Selbstkosten. Es sei aber kein Bundesstaat vorhanden, in dem beides, Bürgschaftsübernahme und Geldbeschaffung, als staatliche Maßnahmen nebeneinander liefen. Das gelte auch für Oesterreich, wo der Staat zwar Bürgschaft übernehme, aber sich nicht an der Geldbeschaffung unmittelbar beteilige. Erfahrungen mit der Uebernahme staatlicher Bürgschaften seien bisher in Deutschland kaum gemacht worden, insbesondere bei Preußen handele es sich ja nur noch um einen Entwurf, und die Bürgschaftsübernahme des Reiches beschränke sich auf gering besoldete Reichsbeamte und -Arbeiter. Oldenburg gehöre zu den Staaten, die das Kleinwohnungswesen durch den Kredit des Staates fördere, und der Staat habe seinen Kredit bisher schon fast unbegrenzt hierfür zur Verfügung gestellt. Es seien wohl besondere Fälle denkbar, in denen der Staat auch bei uns mit Bürgschaft eintreten könnte, wenn ein dringendes staatliches Interesse dafür vorliege. Sollte eine Gemeinde die Bürgschaftsübernahme trotz vorliegenden Bedürfnisses ablehnen, so würde der Staat versuchen, im Verhandlungswege die Widerstände der Gemeinde zu überwinden. Die Staatliche Kreditanstalt könne nach ihren allgemeinen Bedingungen Häuser nur bis zur Hälfte des Wertes beleihen. Darüber hinaus gehe sie nur, wenn dazu eine besonders dringende Veranlassung vorliege. Das sei durch Vereinbarung zwischen Staatsregierung und Landtag anerkannt, soweit es sich um Förderung des Einfamilienhauses handele, das sich in Rücksicht auf die Gesundheitspflege, die Sittlichkeit und auch wirtschaftlich als die beste Wohnungsweise darstelle. Bis vor etwa 10 Jahren befand sich das Einfamilienhaus, das früher in unserem Lande vorherrschend und vielfach alleinherrschend war, in starkem Rückgang, und es bedurfte besonderer Maßnahmen, diese Wohnweise von neuem zu beleben. Es bestand die Gefahr, daß die immer aufkommenden Zweifamilienhäuser das Einfamilienhaus mit der Zeit ganz verdrängen würden. Diese Gefahr ist durch das Vorgehen der Staatlichen Kreditanstalt beseitigt, die das Einfamilien-Erwerbshaus seit der Zeit nach 1905 (selbständiger Antrag des Abgeordneten Schröder) bis zu 75 Proz. des Wertes ohne Bürgschaftsübernahme beleiht. Diese Maßnahme in Verbindung mit den Zinsbeihilfen hat seitdem dem Einfamilienhaus wiederum eine große Verbreitung verschafft, und zwar in dem Maße, daß es jetzt, abgesehen von den durch den Krieg geschaffenen ungewöhnlichen Verhältnissen, kaum noch des Anreizes durch Gewährung von Zinsbeihilfen bedürfen würde. So sind neue Zinsbeihilfen in den beiden letzten Jahren vor dem Kriege auch nur noch an ländliche Kolonisten, nicht mehr für städtische Einfamilienhäuser gewährt worden. Die Bevölkerung habe sich durch die zahlreichen Beispiele davon überzeugt, daß der Besitzer eines Einfamilienhauses sich wirtschaftlich besser stehe, als der eines Zweifamilienhauses. Es sei möglich, daß infolge des Krieges von neuem wieder ein Anreiz durch Gewährung von Zinsbeihilfen zu Gunsten des Einfamilienhauses gegeben werden müßte. Im allgemeinen werde es aber möglich sein die Zinsbeihilfen künftig auf die Beschaffung von Wohnungen für kinderreiche Familien zu beschränken. In den ersten Jahren nach dem Kriege werde es in Anbetracht der hohen Baukosten schwer sein, die Bautätigkeit wieder zu beleben. Für die Beleihung von Neubauten liege z. B. eine Schwierigkeit darin, welchen Wert man der Beleihung zu Grunde legen sollte, den jetzigen wirklichen Herstellungswert oder den mutmaßlichen künftigen geringeren Wert. Im ersteren Falle laufe der Geld-

---

Feuilleton.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Alle Rechte, besonders das der Uebersetzung, vorbehalten.
Amerikanisches Copyright 1917 by Egon Fleischel & Co., Berlin.

9) (Nachdruck verboten.)

Und nun, da sie hier war, hatte sie doch nicht das große Gefühl, das sie erwartet hatte. Nicht die Beruhigung: zu Hause. Warum hielt der Vater sich so zurück? Warum sprach er nicht ganz unumwunden? Er hatte doch früher niemals mit seiner Meinung zurückgehalten. Die Zeitungen, die er sonst immer liegen ließ, nahm er jetzt an sich; sie vergaß, daß sie selbst gewünscht hatte: kein Wort gegen Italien. Und warum fragte die Mutter nicht nach Enrico? Die mußte doch wissen, daß sie heute einen Brief von ihm bekommen hatte. Einen ausführlichen Brief.

Sie saß auf ihrem Zimmer — es war noch dasselbe Zimmer mit den weißen Möbeln und den duftigen Mullgardinen, in dem sie als Mädchen so gern gewohnt hatte — aber jetzt gefiel es ihr nicht mehr. Sie fühlte sich beengt. Wo war das blaue Meer, auf das sie hinausgeblickt hatte, weit, weit — wo der Garten voller Orangenblüte? Ach, war das doch schön gewesen! Mit umflorten Augen las sie wieder den Brief ihres Mannes. Er stand nicht weit von Roncegno — das kannte sie. Wo war sie mit der Mutter auch einmal gewesen, als es noch österreichisch war. Sie hatte in Levico das Eisenwasser getrunken. Es war im zeitigen Frühjahr gewesen, oben auf den Bergen Winter, aber unten im Tal unzählige tiefdunkle große Veilchen, und die Fluren strahlend im Blütenschnee der Obstbäume. Als ob das nun bereits alles wieder Italien gehörte, so schrieb ihr Mann.

Der Leutnant Rossi schrieb nicht, wie man an eine Frau schreibt. So schwer er sich auch von ihr getrennt hatte — unten am Berg war er umgekehrt, war noch einmal durch den Garten zu ihr hinaufgestürzt, hatte sie an der Haustür noch einmal an sich gerissen und noch einmal heiß und lange geküßt, — jetzt war er ganz Soldat. Er schilderte ihr seine Stellung, schrieb militärische Einzelheiten, soviel er davon berichten durfte. Gestern hatten sie einen Vorstoß gemacht im Felsgebiet, eine stark befestigte Stellung des Feindes genommen — fünfzig Gefangene, viele Tote — aber es mußte noch ganz, ganz anders kommen. Evviva Italia! — hatte er das damals nicht gerufen, als unten im Hafen die Kriegsschiffe die Flagge hißten, jubelnd gerufen? Sie hörte es ihn jetzt wieder rufen. Aus jeder Zeile dieses Briefes rief es, aus jedem Wort. Für ihn gab es nur das eine, das einzige: Italien und Italiens Sieg.

Die junge Frau schloß die Augen. Sie beschwor sich sein Bild herauf: er stand wieder vor ihr, jung, hübsch, liebenswert, sie sah in die Tiefe seiner dunklen Augen — warum sprach er nicht von Liebe? Nur von Krieg, Krieg. Hatte er denn ganz vergessen, daß seine Frau eine Deutsche war? Wußte er nicht, wie schwer es für sie sein mußte, schier unerträglich, ihn auf der anderen Seite zu sehen? War denn alles, was sie damals geglaubt hatte: dein Volk, mein Volk, mein Land, dein Land, jetzt nicht mehr so? War das geträumt gewesen? Aus grausamer Wirklichkeit baute sich eine Mauer auf und wuchs schnell höher und höher. Hob sich ein Bollwerk, weit mächtiger als die Alpen, zwischen Italien und Deutschland, zwischen ihm und ihr. Ob er das auch so fühlte? Da — nur ganz zuletzt, ein paar Worte der Liebe. Als ob die ihm zum Schluß nur gerade noch einfielen! Sie verletzten mehr, als daß sie wohltaten. Der Brief fiel aus ihrer Hand zu Boden; sie ließ ihn liegen.

Langsam fingen ihre Tränen an zu rinnen und tropften ihr auf die Hände, die sie wie hilflos vor sich auf dem Schoß hielt. Ach nein, sie verstand ihren Mann nicht mehr, und er verstand sie nicht mehr. Wie durfte er ihr, gerade ihr so schreiben? — — Evviva Italia! — — — Er mußte doch wissen, daß es sie verletzte, wenn er Italien besudelte. Oh dieses heimtückische, verräterische, treulose Land! In ihrer Erregung konnte sie nicht genug der verdammenden Worte finden. Dieses Land, das es nicht wert war, daß die Natur ihm soviel Schönheit gespendet hatte.

Wie eine Verzweifelte sprang sie auf. Mit unruhigen Schritten ging sie im Zimmer auf und ab. Und dabei weinte sie immerfort. Verstand sie denn niemand mehr? Konnte denn keiner begreifen, wie ihr zumute war? Losgelöst von der alten Heimat, verpflanzt in eine neue Heimat, und dann wieder losgelöst von der neuen Heimat und wiederum in die alte zurückgepflanzt! Solch eine arme Pflanze hat gar keine rechte Heimat, die ist nirgendwo zu Hause.

Ihr Mann schickte keinen Gruß an die Eltern — er erwähnte sie nicht einmal in seinem Briefe — war er so gleichgültig? Oder war er böse auf die, weil er wohl glaubte, sie seien die Veranlassung, daß seine Frau Italien verlassen hatte?

Sie stand still und reckte ihre schlanke Gestalt, trotzig hob sie den Kopf; sie biß sich auf die Lippe und unterdrückte ein Schluchzen, ihre Tränen hörten auf zu rinnen: oh nein, die waren nicht schuld. Die hatten sie nicht kommen heißen. Sie, sie allein hatte es gewollt, ganz von selber; es hatte sie niemand beeinflußt. Da, da ganz tief innen — ihre Hand krampfte das Kleid über der Brust zusammen — da saß etwas, das hatte sie getrieben. Was sollte sie am blauen Meer unter der leuchtenden Sonne? Wenn der Himmel über Deutschland so trübe war, dann mußte auch sie unter diesem trüben Himmel sein.

III.

Die Linden in den Straßen des Vororts hatten längst abgeblüht. Die breiten Wipfel in dem Park, der Bertholdischen Villa gegenüber, standen in jenem tiefen Grün, das, übersatt an Farbe, deutlich spricht: grüner kann ich nicht werden, nun gilbe ich bald.

Frau Hedwig Bertholdi war ganz allein. Ihr Mann war auch fort. Er war zwar schon achtundvierzig, aber er hatte ein Gut besessen, das er der Erziehung seiner Söhne wegen verkauft hatte, und dieses Leben als Landwirt hatte ihn frisch erhalten. Er war wie ein um zehn Jahre Jüngerer; es hatte ihn längst gewurmt, daß er, Reserveoffizier, Hauptmann, so völlig tatenlos drinnen saß, während sein Jüngster, als gemeiner Soldat noch dazu, draußen war. Er hatte sich gemeldet. Als die große Linde vorm Haus noch blühte, war der ersehnte Brief gekommen — „Heeressache" — nun durfte er doch wenigstens Rekruten drillen, in einem Winkel an der Grenze von Russisch-Polen. „Und wenn ich denn auch keinen Pulverdampf rieche, so höre ich doch wenigstens, wenn der Wind günstig steht, das dumpfe Rollen der Geschütze," schrieb er an seine Frau.

Nun war er doch endlich zufrieden! Hedwig senkte den Kopf: wieviel besser es die Männer hatten. Sogar die an der Front, trotz aller Strapazen, trotz der Todesgefahr. Sie seufzte. Die Frauen hatten es schwerer. Da saßen sie nun alle — wohin sie blickte: Frauen, Frauen — ach Gott, sie hatte gar nicht gewußt, daß es so viele Frauen gab — und dachten nichts anderes, sprachen nichts anderes als: Krieg, Krieg. Und mußten doch den Tag hinleben im Kleinkram ihres Daseins und sich heimlich verzehren bei Tag und bei Nacht in der Sorge um die draußen.

Ihr Leben hatte sich bis dahin ganz um das der Söhne gewunden; erst, als die noch klein waren, in kleinen Sorgen, als sie größer wurden, in größeren Sorgen. Jetzt zuletzt in der schwersten Sorge: um ihr Dasein überhaupt. Nun war noch eine Sorge hinzugekommen — nein, eigentlich keine Sorge, ihr Mann war ja außer Gefahr, — aber doch eine ständige Besorgnis.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

geber in Anbetracht der vorauszusehenden Wertverminderung großes Risiko, und im zweiten Falle trage der Unternehmer selbst die Gefahr der künftigen Wertverminderung. Für diese Uebergangszeit würden daher voraussichtlich besondere Maßnahmen, die mit Opfern für Staat und Gemeinden verbunden sind, notwendig werden. Es sei aber zu hoffen, daß die ungewöhnlich und ungesund hohen Preise bald wieder zurückgingen, und es sei anzunehmen, daß in absehbarer Zeit der Preis der Wohnungen sich den allgemeinen Verhältnissen, dem Arbeitsverdienst usw., wieder angleichen würden.

Der Ausschuß hielt die Gedankengänge der Vorlage und der vom Regierungsbevollmächtigten dazu gemachten Ausführungen im allgemeinen für richtig. Was die Frage der Bürgschaftsübernahme des Staates angeht, so scheint es vorsichtiger, hierüber noch weitere Erfahrungen abzuwarten. Der Beteiligung des Staates an gemeinnützigen Unternehmungen für den Wohnungsbau stimmt der Ausschuß grundsätzlich zu. Zunächst kommen dafür die in Bildung begriffenen Kriegerheimstätten-Baugesellschaften für Rüstringen und für Stadt und Amt Oldenburg in Betracht. Für beide Genossenschaften wird eine Beteiligung des Staates mit einem Stammanteil von je 100 000 Mark vom Kriegerheimstättenverein erbeten. Da jedoch von diesem Betrage zunächst nur der vierte Teil, also für beide Gesellschaften zusammen ein Betrag von 50 000 Mark, einzuzahlen ist, so reicht die eingestellte Summe auch noch für die Beteiligung des Staates an weiteren etwa noch in Bildung begriffenen Gesellschaften. Für die beiden Fürstentümer wird der eingestellte Betrag von je 15 000 Mark für 1918 voraussichtlich ausreichen, sollte die Bewegung im Laufe des Jahres auch dort größeren Umfang annehmen, so wird für die folgenden Jahre ein höherer Betrag einzustellen sein.

Der Ausschuß beantragte, daß in die Voranschläge der Landeskassen unter der Bezeichnung „Zur Förderung gemeinnütziger Unternehmungen für den Wohnungsbau" neu eingestellt werden für das Herzogtum 100 000 Mark, für das Fürstentum Lübeck 15 000 Mark, für das Fürstentum Birkenfeld 15 000 Mark.

Außerordentlicher Verbandstag der Fabrikarbeiter.

k. Hannover, 19. Dezember.

Dritter Verhandlungstag.

Die Generaldiskussion über die Statutenberatung und die Referate über die Aufgaben der Organisation ist sehr ausgedehnt. Den beachtenswerten Ausführungen Sievs über den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und die Stellung der Gewerkschaften dazu wurde zugestimmt. In der Hauptsache nahmen die Redner Stellung zu der vorgeschlagenen Reform des Beitrags- und Unterstützungswesens und trugen dazu die Wünsche ihrer Zahlstellen vor. Einmütigkeit herrschte bei ihnen darüber, daß eine Notwendigkeit für die Erhöhung der Beiträge vorliegt. Nur über die Höhe des Beitrags und über die Frage, ob Einheits- oder Staffelbeiträge, kamen verschiedene Auffassungen zum Ausdruck. Die große Mehrheit der Redner stimmte in der Beitragsfrage dem Vorschlag der Statutenberatungskommission zu. Auch der Vorstand, der sich bereits in der Kommission mit dieser auf deren Vorschlag geeinigt hatte, erklärte sich nun für die Beibehaltung des bisherigen Beitragssystems mit der von der Kommission vorgesehenen Erhöhung. Der Vorstand ersuchte aber, um Ablehnung der Anträge, die eine geringere Beitragserhöhung bedeuten würden. Anträge auf Abänderung der Kommissionsvorlage wurden eine ganze Reihe gestellt, die zum Teil eine höhere Unterstützung festgesetzt haben und für die Lokalkassen mehr herausschlagen wollen. Vorgeschlagen wurde auch, die Zuweisung der männlichen Mitglieder in die zwei Beitragsklassen nach dem Wochenverdienst vorzunehmen und nicht, wie bisher, den Eintritt in die höhere Klasse den Mitgliedern freizustellen. Mitglieder mit einem Wochenlohne von mehr als 35 Mark sollten in die 75-Pf.-Klasse, bei einem Verdienst unter 35 Mark in die 60-Pf.-Klasse gehören. Gegen den Vorschlag der Kommission auf Erhöhung des Eintrittsgeldes auf 1 Mark wurde mehrfach Widerspruch erhoben. Es wurde beantragt, bei weiblichen Mitgliedern es bei dem Eintrittsgeld von 50 Pf. zu belassen. Verlangt wurde auch, daß die Krankenunterstützung nicht nur nicht weiter ausgebaut, sondern deren Abbau vorgenommen werde, damit mehr Mittel für die Kämpfe zur Verfügung stehen. Ein Antrag aus Braunschweig, daß Verbandsangestellte nicht als Delegierte zum Verbandstag wählbar sind, fand scharfe Zurückweisung.

Die Generaldebatte füllte den ganzen Tag aus.

Parteinachrichten.

25. Gautag der Sozialdemokratischen Partei der Rheinpfalz. Nach vierjähriger Pause, die durch den Krieg bedingt war, fand am 16. Dezember in Neustadt a. H. der 25. Gautag der Sozialdemokratischen Partei der Rheinpfalz statt. Neustadt a. H. ist für die Partei der Pfalz historischer Boden. Vor 28 Jahren schlossen sich hier die von August Dreesbach und Franz Jos. Eberhart geführten pfälzischen Genossen trotz Sozialistengesetz zu einer festeren Organisation zusammen. 25 Jahre später überspannte den ganzen Gau ein Netz von Parteivereinen, geleitet von zwei Sekretariaten; die Genossen eroberten von 6 Reichstagswahlkreisen 2, senden 6 Vertreter in den bayrischen Landtag und haben — dank einer freiheitlichen Gemeindeordnung — in den Gemeindeverwaltungen großen Einfluß und haben Bürgermeister- und Adjunkten-(Beigeordneten-) Posten inne. Ohne den Krieg hätte die Partei an ihrem 25. Gautag stolz auf ihre erfolgreiche Arbeit zurückblicken können. Aus dem Geschäftsbericht über die verflossenen vier Jahre geht indes hervor, daß der Stand der Organisationen stark gelitten hat. Rund 10 000 Parteimitglieder sind zum Heeresdienst eingezogen. Belagerungszustand, Standrecht und verschärfte Beschränkung der Versammlungsfreiheit behindern die Agitation und die Vorzensur das Wirken des Ludwigshafener Parteiblattes. Trotz all dieser Umstände war der Gautag von bestem Geiste beseelt und trotz des Rückganges der Organisationen waren 82 Delegierte anwesend. Die allgemeine Aussprache über die Politik der Partei und ihre nächsten Aufgaben ergab Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Würzburger Parteitages. Förderung der Friedenspolitik, Zurückdrängung und Bekämpfung des Einflusses der Eroberungspolitiker und Fortentwicklung der Verfassungszustände im freiheitlichen Sinne sind neben der Stärkung und Ausbreitung der Organisation die Hauptaufgaben der Partei, denen auch die Pfälzer Genossen sich zu widmen gelobten. Die Erringung des gleichen Wahlrechts in Preußen hält der Gautag für eine deutsche Angelegenheit und für unaufschiebbar, und versichert den preußischen Genossen in ihrem Kampfe dafür nicht nur ihrer Sympathie, sondern jeder erforderlichen Unterstützung. Die skrupellose Agitation der Unabhängigen, die sich auch in der industriellen Vorderpfalz bemerkbar macht, bisher allerdings mit sehr wenig Erfolg, fand die nötige Beleuchtung. Mit dem Gelöbnis, treu zusammenzuhalten, für Ausbreitung der Partei und ihrer Presse eifrig tätig zu sein, damit die Arbeiterbewegung den erhöhten Anforderungen nach Friedensschluß gewachsen ist, schloß die Tagung.

Aus dem Lande.

Schortens. Auszeichnung. Das Eiserne Kreuz und das Friedrich-August-Kreuz erwarb sich der Musketier Karl Bender, Sohn des Maschinenbauers Friedr. Bender in Jungfernbusch, desgleichen erhielt das Eiserne Kreuz der Husar Tiedrich Meenen, Sohn der Witwe Johann Eilert Janßen in Klosterneuland.

Varel. „Hoher" Finderlohn. Die Nachrichten für Stadt und Land melden: Bekanntlich wurde dieses Frühjahr bei einem Landwirt in der Landgemeinde Varel eingebrochen. Unter anderem fiel den Einbrechern eine Brieftasche mit 12 000 Mark Banknoten in die Hände. Dieser Tage nun ist die Brieftasche mit den erwähnten 12 000 Mark von einer Arbeitsfrau in Kranenkamp in einem Graben gefunden worden. Wie sie dorthin gekommen ist, bleibt wohl ein Rätsel. Da die Brieftasche den Namen des Besitzers getragen hat, hat die ehrliche Finderin sofort das Gefundene abgeliefert. Der Finderlohn belief sich anfangs auf 50 Pf., der später auf 3 Mark erhöht wurde. Dieser Geiz kann nicht gut überboten werden. — Noch besser wäre unserer Meinung nach gewesen, den Namen des opferfreudigen Verlierers der Mitwelt bekannt zu geben.

Eversten. Eine betrübende Botschaft hat eine hiesige Familie erhalten. Der Vater der Familie, der eingezogen war, wurde vom westlichen Kriegsschauplatz hier auf Weihnachtsurlaub erwartet. Statt dessen traf hier nun die Mitteilung bei der Familie ein, daß der erwartete Urlauber bei dem Eisenbahnunglück in Düren, wo im Nebel ein Schnellzug auf einen haltenden Urlauberzug fuhr, seinen Tod gefunden habe.

Emden. In letzter Nacht wurde abermals ein Einbruch in dem Packhaus der Firma A. ter Behn u. Co. in der Großen Brückstraße verübt. Den Einbrechern gelang es, mittels Bootes von der Wasserseite ins Packhaus zu dringen. Nachdem sie bereits einen Teil der Waren ins Boot gebracht hatten, wurden sie gestört und ergriffen die Flucht. Die Einbrecher wurden erkannt. Festgenommen konnten sie aber nicht werden, doch es gelang den herbeigeeilten Polizisten, die gestohlenen Sachen aufzufinden.

Aus aller Welt.

Sittlichkeitsverbrechen zweier Kriegsgefangenen. Aus Harpstedt wird berichtet: Ein unsittliches Attentat wurde von zwei Kriegsgefangenen auf ein junges Mädchen von hier verübt. Das Mädchen besuchte ihre Schwester in Groß-Köhren und begegnete auf der Landstraße zwei kriegsgefangenen Russen, die Neckereien mit ihr anfingen. Abends auf dem Rückwege wurde das Mädchen von den Unholden überfallen und vergewaltigt. Die Scheusale bedrohten sie im Fall, daß sie schreien würde, mit dem Tode. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Im Flugzeug von Berlin nach Mossul. Fliegerhauptmann Hans Hesse ist von Berlin auf dem Luftwege in Mossul eingetroffen. Er hat die Strecke von zehn Tagen in 34 Luftstunden zurückgelegt.

Wucher mit Schnürsenkeln. Der Kaufmann Hans Georg Schumann war Reisender und Vertreter der Barmer Gesellschaft für Besatz-Industrie. Da in der Hutbranche infolge des Krieges das Geschäft stockte, hatten sich in den Hutfabriken größere Posten Hutlitze angesammelt. Sch. kaufte in drei Fabriken die Vorräte auf und zahlte dafür 6162 Mk. Dann interessierte er dafür den Kaufmann und Nahrungsmittelgroßhändler Oskar Adolf Just, dem er die Litzen zur Herstellung von Schnürsenkeln für 8650 Mk. verkaufte. Das Geschäft wurde am 8. März innerhalb weniger Tage gemacht. J. wendete sich an eine Färberei, wo die verschiedenfarbigen Litzen schwarz gefärbt wurden, und dann an eine Fabrik in Schmölln, wo sie zu Schnürsenkeln zugeschnitten und mit Metallenden versehen wurden. Aus sämtlichen Litzen wurden 926 Gros Schnürsenkel hergestellt, wofür J. 780 und 300 Mk. zu zahlen hatte. Im April offerierte J. die Schnürsenkel das Gros mit 18,50 Mk. Er würde also für die sehr flott abzusetzende Ware über 17 000 Mk. vereinnahmt haben. Als das Wucheramt Dresden hinter das Geschäft kam, war erst ein Teil der Schnürsenkel verkauft, 714 Gros wurden mit Beschlag belegt. Ein Sachverständiger sagte aus, die Preise seien von J. und Sch. erst kalkuliert worden, als sie kein Risiko mehr hatten. Der Verdienst ist daher nach den Kriegsgesetzen viel zu hoch. Die Angeklagten wollen sich damit herausreden, daß sie sich an feststehende Preise gehalten hätten. Der Staatsanwalt bezeichnete die Angeklagten als Leute, die aus dem Kriege ein Geschäft machten. Sie hätten für einen sehr notwendigen Bedarfsartikel die Marktlage ausgenützt und horrende Preise gefordert. Er beantragte strengste Bestrafung. Das Gericht erkannte bei Schumann auf 7000 Mk. und bei Just auf 10 000 Mk. Strafe oder je ein Jahr Gefängnis und Publikation des Urteils in den bekannten vier Dresdener Tageszeitungen.

Zugunfall. Zwischen den Stationen Cantenes und Bebmen der Moselbahn lösten sich Dienstag früh von einem Güterzug Wagen los und blieben auf dem Gleise stehen. Ein folgender Güterzug fuhr auf die Wagen, so daß sie entgleisten. Ein aus entgegengesetzter Richtung kommender Güterzug streifte die entgleisten Wagen, die nunmehr beide Gleise sperrten. Menschen wurden nicht gefährdet.

Die Folgen eines Hauseinsturzes. Aus Innsbruck wird berichtet: In Piotromurata, einem Vorort von Trient, stürzte ein Haus ein. Der Besitzer, sein Schwager und ein Soldat wurden von den Trümmern erschlagen.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 3 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend den Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenverkehr im Kriege, wird nachstehendes Verzeichnis der Mitglieder des Militär-Brieftauben-Vereins „Kehre wieder" und der in ihrem Schutze befindlichen militärischen Brieftauben veröffentlicht:

1. Fritz Hübner, Vorarbeiter, Rüstringen, Grenzstr. 89. Zahl der Militärbrieftauben: 14.
2. Hermann Sorge, Feldwebel, Rüstringen, Fortifikationsstraße 44, I (14).
3. Adolf Günther, Mechaniker, Rüstringen, Gökerstr. 76 (24).
4. Peter Möller, Fräser, Wilhelmshaven, Bismarckstraße 132 (15).
5. Fritz Hector, Restaurateur, Wilhelmshaven, Bismarckstraße 132 (16).
6. Hermann Pelger, Klempner, Wilhelmshaven, Liebrechtstraße 7 (12); Taubenschlag: Bismarckstr. 137.
7. Franz Bredlow, Schlosser, Rüstringen, Mitscherlichstraße 14 (40).
8. Fritz Behrens, Bäckermeister, Rüstringen, Grenzstr. 32 (18).
9. August Eimler, Bäckermeister, Rüstringen, Müllerstraße, Ecke Ulmenstraße (23).
10. Karl Grebe, Klempner, Wilhelmshaven, Kaiserstraße 122 (26).
11. Josef Hartlieb, Vorarbeiter, Rüstringen, Peterstr. 90 (5); Taubenschlag: Mazienstr. 13.
12. Peter Hartlieb, Schmied, Rüstringen, Mazienstr. 13 (20).
13. Hans Hector, Schiffbauer, Rüstringen, Börsenstr. 58 (2).
14. Otto Rebel, Dreher, Rüstringen, Grenzstr. 62 (8).
15. Bernhard Sahm, Stellenvermittler, Wilhelmshaven, Kieler Straße 20 (10).
16. Karl Streblow, Schiffbauer, Aldenburg (8).
17. Fritz Schmidt, Schiffbauer, Wilhelmshaven, Kaiserstraße 132 (8).
18. Hans Raschke, Feldwebel, Rüstringen, Kaserne, Block IV (10).
19. Karl Buß, Schmied, Rüstringen, Wilhelmshavener Straße 88 (5).
20. Josef Oltmanns, Kürschner, Rüstringen, Wilhelmshavener Straße 75, (5).
21. Anton Rolfs, Bürogehilfe, Neuengroden, Kleihauer Weg. (10)
22. Hans Vollmershaus, Schlosser, Rüstringen Grenzstraße 53 (10).
23. Ob.-Mtr. Kuhfeld, S. M. S. „Siegfried", (10); (Taubenschlag: an der Kaiser-Wilhelm-Brücke).
24. Eden, Ofensetzer, Rüstringen, Almarktstr. 15. (8).
25. Heinrich Streblow, Sattler, Rüstringen, Fredeborgstr. 63, (10).
26. Hinterreiter, Gärtner, Neuengroden, (8).
27. Wilken, Kriminalbeamter, Kaiserstr. 30, (5).

Rüstringen, 17. Dezember 1917.

Großherzoglich Oldenburgisches Amt Rüstringen.
Hillmer.

Bekanntmachung.

Das vom Gesamtstadtrat in der 1. und 2. Lesung beschlossene Statut, betreffend die Besteuerung kinematographischer Vorstellungen in der Stadt Rüstringen, ist vom Großherzoglichen Ministerium am 12. Dezember 1917 genehmigt und sofort in Kraft getreten. [5529

Rüstringen, den 20. Dezember 1917.

Stadtmagistrat.
Dr. Kellerhoff.

Bekanntmachung.

Am Dienstag, den 25. Dezember, und am 1. Januar findet kein Fleischverkauf statt.

Rüstringen, den 21. Dezember 1917. [5523

Städtische Zentralschlachterei. Rüstringen.

Das städtische Lebensmittelamt

Börsenstraße 35

ist werktäglich geöffnet von morgens 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3½ bis 6 Uhr.

In der Zeit von 12 bis 1 Uhr und von 5½ bis 6 Uhr werden vorzugsweise nur ledige Personen, die infolge ihrer Arbeit zu anderen Zeiten schwer abkommen können, abgefertigt.

Sonnabends nachmittags ist nur für sehr dringliche Fälle von 3½ bis 6 Uhr ein Schalter geöffnet.

Der Magistrat

Freibank.

Fleisch-Verkauf
findet statt
am Sonnabend.

2301—2330 von 9—10 Uhr
2331—2360 von 10—11 Uhr
2361—2390 von 11—12 Uhr
2391—2420 von 2—3 Uhr

Freibank- und Fleischmarken sind mitzubringen.
Papier ist mitzubringen.
Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Schlachthofdirektion
Evering.

Schortens.

Warenverteilung.

Ab Sonnabend d. 22. d. M., kommen in sämtlichen Verteilungsstellen zur Verteilung:

1. Auf Nr. 19 abtrennen, der Lebensmittelkarte ein Paket Puddingpulver oder drei Maggisuppenwürfel pro Haushalt;
2. Auf Nr. 8 lochen, für jedes Kind bis zu 10 Jahren einschließlich eine halbe Tafel Schokolade;
3. Für Kranke, Wöchnerinnen auf Bezugsschein, über 70 Jahre alte Personen ohne Bezugsschein nach Liste ¼ Pfund Schokoladenpulver in den Verteilungsstellen Addämmer Roddenhausen, Brück Schortens, und Konsumverein Middelsfähr. [5519

Schortens, 19. Dez. 1917.

Die Lebensmittel-Kommission.
G. Gerdes.

Gemeinde Osternburg.

Die neuen Brotkarten sind am Freitag, den 21. Dez. 1917, morgens von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 4 Uhr gegen Vorlegung der Lebensmittel- und Mahlkarten bei den Rottmeistern und Bezirksvorstehern in Empfang zu nehmen. [5520

Rosenbohm.

Billig zu verkaufen:
1 Wasch- mit daran befestigter Wringmaschine
6 Stck. gute Strohsäcke,
1 fast neue Trommel
Rüstringen, Mellumstraße 27.

Klavier- und Geigen-Spieler,
ev. Spielerin gesucht [5230
Hansa-Kino, Schulstr. 20.

Varel.

Für unser Büro in Varel tüchtige
Maschinenschreiberin
möglichst auch Stenographie, zum sofortigen Antritt gesucht.
Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten an [5459
Erste norddeutsche Gleitschutzfabrik.
Varel (Oldenburg).

Adler
Theater 5312
Gastspiel Curt Hagen
mit seiner erstklassigen Operetten-Gesellschaft
Jeden Abend 8 Uhr:
Stolze Thea.

Wilhelmshav. Bügelinstitut
Marktstraße 38, I
Friedrichstr. 4, part. r.
besorgt Aufbügeln, Reparaturen, Reinigen sämtl. Garderoben **prompt und billig.**

Täglich frische
Seemuscheln,
Pfd. 10 Pf. Alte Marktstr. 25.

Kartoffelkeller
groß und trocken, zu vermieten.
W. Koch, W'havener Straße.

Kaufverträge
empfiehlt
Paul Hug & Co.

Landesbibliothek Oldenburg